

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Kurdistan-Solidarität

S. 3,4,5 S.14,15



Jugoslawische Partisanen-Veteranen: Apell für Frieden

S. 8



Mumia Demonstration in Hamburg

S. 13



Lohn in Bewegung?

S. 18



PDS-Strategie-diskussion

S.22



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Europa, die Nato, die PKK und die kurdische Frage	3
Widerstand in der Türkei und Kurdistan	5
5000 Bauern protestieren gegen EU-Agrarpläne	6
Wg. Bad Kleinen: Ein Urteil mit weitreichenden Konsequenzen	6
BRD schickt Kriegsgerät in Balkanregion	7

Auslandsberichterstattung

Appell jugoslawischer Partisanen- Veteranen	8
Venezuela: Wirtschaftspolitik per Dekret?	9
Serbien: LIT in der FAZ	9
Die Rechte in Frankreich: Bürger zu den Waffen	10
<i>Meldungen</i>	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Hamburg: Demonstration Freiheit für Mumia	13
München: Kundgebung der Kurdistanolidarität	14
Münchner Grüne fordern „Runden Tisch für Kurden“	14
Mannheim: Beeindruckende Protestaktion von Kurden	15
Rep, BfB und Pro-DM betreiben Bündnis 99 für Thüringen	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
Tarifabschluß: Meinungen in der IG Metall geteilt	19
Tarif Metall: Wird der Osten abgekoppelt?	19
Öffentlicher Dienst: Schneller Abschluß	20
Einzelhandel Schleswig-Holstein: 150 DM für alle!	21
Gewerbepark: Kampf um Tarif- bindung	21

Diskussion und Dokumentation

Ein Streitpapier: PDS 2010	22
Virtuelle Bloch-Akademie	24

Letzte Seiten

Leseempfehlung: Gegen den Zeitgeist – Zwei deutsche Staaten in der Geschichte“	27
--	----

Termine	28
----------------------	----

IN BONN NS-ENTSCHÄDIGUNG

AKTUELL **STEUERBEGÜNSTIGT?** Gegen die steuerliche Absetzbarkeit von Unternehmenszahlungen in den Fonds für die Entschädigung von NS-Opfern haben Christa Luft, stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion, und PDS-Vorstandsmitglied Dieter Dehm protestiert. „Die Einzahlungen der deutschen Unternehmen in den längst überfälligen Entschädigungsfonds dürfen den zu versteuernden Gewinn nicht mindern“, fordern sie. Es handele sich bei diesen Entschädigungszahlungen um einen Ausgleich gegenüber den Opfern der NS-Zwangsarbeit. „Die betroffenen Unternehmen sollen damit wenigstens einen Teil ihrer Schuld abtragen.“ Dehm und Luft weiter: „Es darf nicht sein, daß diese Schuld über die Steuererstattung auf die gesamte Gesellschaft abgewälzt werden kann, auch auf viele derjenigen, die heute noch in Deutschland leben und unter dem NS-Regime gelitten haben. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, eine entsprechende Änderung der Steuergesetze vorzunehmen, um einen Abzug als Betriebsausgabe zu verhindern.“

STEUERFLUCHT: AMNESTIE? Nachdem schon vor einiger Zeit der CSU-nahe Vorsitzende Richter des Bundesfinanzhofs eine Amnestie für die zahlreichen reichen Steuerbetrüger im Zusammenhang mit der Zinssteuer vorgeschlagen hat, will nun auch der Bundesverband deutscher Banken eine solche Amnestie. Hauptgeschäftsführer Weber forderte den Bundestag auf am 24. Februar auf, ähnlich wie in Österreich schon geschehen auf eine weitere Strafverfolgung der Steuerbetrüger zu verzichten. Das erscheine zwar für viele Menschen ungerecht, aber, so Weber, auf diese Weise werde „die Rückkehr von Kapital gefördert, das ins Ausland verschoben wurde“. Bei der Verteidigung von Ihresgleichen entwickeln manche Leute bemerkenswerte Phantasie. Das „Argument“ des Herrn Weber könnte z.B. auch auf Autodiebe Anwendung finden, die mit ihren Luxuslimousinen ins Ausland getümt sind: Schließlich könnte es doch sein, daß auf diesem Wege die Luxusschlitten womöglich wieder zurück ins Land kämen, oder?

ATOMGESETZ: Anfang letzter Woche legte Umweltminister Trittin seinen nunmehr dritten Entwurf der Atomgesetznovelle vor. Die ursprünglich geplanten und auch in den früheren Entwürfen noch enthaltenen verschärften Auflagen für die Betreiber der Atomkraftwerke sind fast vollständig wieder gestrichen. Auch das Verbot der Wiederaufarbeitung zum 31.12.99 ist raus. Nur die Erhöhung der Deckungsvorsorge für Schadensfälle, also die Anhebung Versicherungskosten, ist geblieben: Statt für 500 Mio. DM müssen nun je Kraftwerk Schäden bis 5 Mrd. DM versichert werden. Genehmigungen für neue AKWs sollen nicht mehr erteilt werden. Trotz dieser neuerlichen

Rückzüge von Trittin scheint's schon wieder Ärger zu geben. Die ursprünglich für den 3. März geplante Verabschiedung der Novelle im Kabinett wurde abgesetzt, die nächsten „Energiekonsensgespräche“ vom 9. März auf April verlagert.

BAHN/TRANSRAPID: Auf die Fortsetzung unheilvoller Traditionen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Bahn-Aufsichtsrat-Chef Dürr und seiner Ersetzung durch den Ex-Thyssen-Manager Vogel hat der PDS-Abgeordnete Winfried Wolf hingewiesen. So besäßen die meisten Verantwortlichen der Bahn AG der „keine Erfahrung im Betreiben eines Schienenunternehmens.“ Sodann reisten alle Topmanager der Bahn weiterhin mit Auto und Flugzeug statt mit der Bahn. Vor allem: „Dieter Vogel, der neue Aufsichtsratschef der Bahn, war bis 1998 bei der Thyssen AG. Er betrieb dort den Aufstieg Thyssens aus der Schienenproduktion und ist ein glühender Verfechter des unter anderem von Thyssen gebauten Transrapid.“ Wolf weiter: „Wenn der Bund als alleiniger Aktionär der Bahn nunmehr den Transrapid-Fan Vogel an die Spitze des Aufsichtsrats stellt, dann spricht das Bände: Die rot-grüne Bundesregierung will bis zu 15 Milliarden Mark Steuergelder in das Transrapid-Projekt fließen lassen, das unsinnig, sozial schädlich und zur Bahn konkurrierend ist.“

KOSOVO-KOSTEN: Der von der Bundesregierung betriebene und von den Regierungsparteien, CDU/CSU und FDP im Bundestag vergangene Woche in einem „Vorratsbeschluß“ bereits vorab gebilligte Bundeswehreininsatz im Kosovo hat bereits im Vorfeld zu einem Haushaltskonflikt geführt. Verteidigungsminister Scharping will die Kosten des Einsatzes nämlich nicht aus seinem Etat allein bezahlen. Bereits der Bosnien-Einsatz kostet das Verteidigungsministerium derzeit jährlich 350 Millionen DM. Der geplante Kosovo-Einsatz von bis zu 4000 Bundeswehrsoldaten würde diese Kosten auf deutlich über eine Milliarde DM im Jahr hochtreiben. Das will Scharping nicht allein aus seinem Etat bestreiten, weil sonst andere Rüstungsprogramme „leiden“ könnten. Finanzminister Lafontaine soll letzte Woche eine „Einigung“ signalisiert haben. Offensichtlich soll in anderen Etats zugunsten der Kosovo-Intervention gestrichen werden.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 4. März berät der Bundestag über „die Handlungsfähigkeit der Nordatlantischen Allianz für das 21. Jahrhundert“, über die Neuordnung der sog. „Billigjobs“, über einen CDU/CSU-Antrag zur „Harmonisierung der Mehrwertsteuer“ in der EU sowie über einen PDS-Antrag zur „Verlängerung der Pachtverträge für ehemals volkseigene Flächen“. Am 5. März beginnt ein Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen, am 6. März ein PDS-Parteitag.

Die kurdische Frage ist kein Polizei- und Terrorproblem, sondern ein Menschenrechtsproblem!

Der Piratenakt, mit dem ein Komplott internationaler Geheimdienste den PKK-Vorsitzenden Öcalan vor knapp zwei Wochen aus Nairobi entführt und in die Hände seiner türkischen Folterer übergeben hat, ist inzwischen dank der Aussagen der drei kurdischen Begleiterinnen Öcalans hinreichend dokumentiert. Fest steht, daß sowohl der US-Geheimdienst wie der griechische und am Ende auch der kenianische Geheimdienst unmittelbar involviert waren. Eine Mitwirkung des israelischen MOSSAD wird wegen dessen enger Verbindungen sowohl zum kenianischen wie zum türkischen und US-Geheimdienst allgemein angenommen. Fest steht, daß der PKK-Vorsitzende in seinem letzten Asylort in der griechischen Botschaft in Nairobi, wohin ihn griechische Behörden schon gegen seinen Willen gebracht hatten, unter Vorspielung falscher Tatsachen – er könne nun endlich nach Europa reisen, um sich dort für eine politische Lösung der kurdischen Frage einzusetzen – aus der Botschaft gelockt, zum Flughafen entführt und dort seinen türkischen Häschern ausgehändigt wurde.

Nach einem Bericht der türkischen Zeitung *Milliyet* vom 17.2. soll das türkische Kommando, das den PKK-Vorsitzenden von Nairobi in die Türkei entführte, von einem Beamten befehligt worden sein, der bereits in den Jahren 1982 bis 1985 an türkischen geheim-

dienstlichen Mordkommandos und Bombenattentaten gegen die armenische Organisation ASALA in Frankreich und Holland beteiligt war.

Der griechische Botschafter in Nairobi hat die drei kurdischen Begleiterinnen Öcalans inzwischen nach Griechenland begleitet, wo sie vor einer Auslieferung in die Türkei sicher zu sein hoffen. Er selbst hat sein Amt niedergelegt, mehrere Minister und der Geheimdienstchef Griechenlands haben ihr Amt quittiert.

PKK und Kurden: Störfaktor für aggressive NATO-Pläne in Nahost und auf dem Balkan

Vorläufig scheint damit die US- und NATO-Politik in der kurdischen Frage gesiegt zu haben. Die US-Regierung hatten die kurdische Aufstandsbewegung in der Türkei seit Jahren als „Terrorproblem“ eingestuft, das mit Gewalt und Militär gelöst werden soll, um die Türkei als NATO-Militärbasis gegenüber dem Mittleren Osten, gegen den Kaukasus und für einen möglichen Balkankrieg stabil zu halten. Erst vor wenigen Wochen hatten kurdische Quellen berichtet, daß die USA in Aserbeidschan mit dem Aufbau eines Militärstützpunktes begonnen hätten. Im Gegenzug soll die russische Regierung MIG-Kampfflugzeuge an die türkisch-russische Grenze verlegt haben und mit dem Aufbau von Raketenstellungen begonnen haben (*Kurdish News Bulletin*, 14.-21.1.99, London). Am 16.1. hatte die

Washington Post berichtet, die USA wollten „oppositionelle Gruppen“ im Irak, darunter die kurdischen Parteien KDP und PUK, mit Geld und evtl. auch Waffen für den Kampf gegen Saddam Hussein ausrüsten. Beide kurdische Parteien haben zwar dankend abgelehnt, aber was besagt das schon? Wenige Tage später legte der türkische Ministerpräsident Ecevit einen angeblich „erneuerten Friedensplan“ für den Mittleren Osten vor, der eine irakisch-jordanische Konföderation vorschlägt. Faktisch wäre damit ein Landbogen von der Türkei bis Israel geschlossen, der Syrien und Libanon komplett einkreist – ein bizarrer Kriegsplan von bedenkenlosen Brandstiftern, der die kurdische Bevölkerung wieder einmal zum Instrument und Opfer westlicher aggressiver Machtpolitik im Mittleren Osten machen soll. (*Turkish Daily News*, 26.1., *Cumhuriyet*, 29.1.99) Kein Wunder, daß bei solchen Plänen die PKK als „terroristisch“ für westliche Absichten eingestuft wurde.

Zumal die Türkei von der NATO auch auf dem Balkan für den Aufmarsch gegen Serbien gebraucht wird. Schon jetzt sind türkische Einheiten in Bosnien stationiert, sollen sich türkische Einheiten an der „Kosovo-Friedenstruppe“ beteiligen, reisen türkische Militärs nach Rumänien, Bulgarien usw. und knüpfen dort alte und neue Verbindungen. Bei all diesen westlichen Machtplänen – sowohl



Zwischen 10 000 und 15 000 Menschen nahmen am 24. Februar in Berlin an einem Trauermarsch zum Gedenken an die drei kurdischen Toten teil, die bei der Protestaktion am 17. Februar vor und in dem israelischen Generalkonsulat durch Schüsse der Sicherheitsbeamten zu Tode kamen. Der 24jährige Ahmet Acar, die 18 Jahre alte Sema Alp und der 29 Jahre alte Mustafa Kurt wurden zwei Tage später in die Türkei überführt. Am gleichen Tag wurde bekannt, daß ein vierter Kurde seinen Verletzungen erlegen ist: Sinan Karakus, 26 Jahre, aus Siverek, der seit eineinhalb Jahren bei Verwandten in Berlin lebte, von der Polizei gesucht, die ihn abschieben wollte. Noch immer ist unklar, wer von den Sicherheitsbeamten im israelischen Generalkonsulat wann und wo wieviele Schüsse abgab. Selbst Polizeibeamte sprechen davon, sie hätten auf der Straße „im Kugelhagel“ gestanden. Die Staatsanwaltschaft weiß noch immer nicht einmal, wo die israelischen Sicherheitsbeamten inzwischen sind und wieviele Kugeln sie abgefeuert haben. Die Anzeichen für Versuche, die wirklichen Vorgänge im und vor dem Generalkonsulat im dunkeln zu halten, sind unübersehbar.

→ der USA, aber auch der europäischen Mächte – ist eine Emanzipation der Kurdinnen und Kurden im Mittleren Osten nur störend. Dieses kaltschnäuzige Kalkül dürfte während der langen Bemühungen des PKK-Vorsitzenden, in Europa einen Dialog über eine politische Lösung der kurdischen Frage zu eröffnen, am Ende man den Ausschlag gegeben haben. Für die Beherrschung und Ausplünderung des Balkan und des Mittleren Ostens wie für die Einkreisung Rußlands braucht die NATO eine kriegsfähige Militärbastion Türkei – und nicht eine demokratische, zivilisierte Türkei. Also entschied man in Brüssel und anderswo gegen eine demokratische, zivilisierte, emanzipatorische Lösung der kurdischen Frage – und damit für die Fortsetzung des Kriegs gegen das kurdische Volk.

Eklige Pressehetze gegen „Terrorkurden“

Die Presseberichterstattung über die kurdischen Verzweiflungsaktionen nach der Entführung des PKK-Vorsitzenden ist beklemmend. Einige wenige Pressekonzerne, deren Eigner vermutlich schon das blutige Geschäft der kommenden Kriege auf dem Balkan und im Mittleren Osten wittern, bringen es fertig, all diese Hintergründe der kurdischen Krise fast komplett auszublenden und statt dessen eine fast gleichförmige Pressehetze gegen angebliche „Terrorkurden“ zu inszenieren, gegen die die wenigen um Besonnenheit und Menschlichkeit bemühten Stimmen kaum noch durchdringen. Dabei folgt die Einstimmung der Öffentlichkeit auf Feindbilder – Kurden, Serben – einem so durchsichtigen Ritual! In jedem reaktionären Handbuch (Carl Schmitt z.B.) über die Vorbereitung der

„Hamburgs Innensenator fordert Verbot von Hetz-Sender

HA Hamburg/Bonn - Hamburgs Innensenator Hartmuth Wrocklage will bei seinen Innenminister-Kollegen ein Verbot des kurdischen Propaganda-Senders Med-TV zum Thema machen. Das Verbot des in London operierenden Senders wäre eine Möglichkeit zur Eindämmung von Gewalt kurdischer Extremisten, erklärte Wrocklage. Der SPD-Politiker verwies auf das Vorgehen der OSZE gegen Fernsehstationen in der bosnischen Serben-Provinz, die die Bevölkerung durch aggressive Propaganda aufgehetzt hatten ...“
Hamburger Abendblatt, 26.2.99

öffentlichen Meinung auf Krieg kann man die Anleitung zu solcher Hetze sofort finden – aber wer sucht da schon?

Rotgrün: Kurdische Frage Polizeiproblem?

Beklemmend auch die Reaktion der rot-grünen Regierung in Bonn. Der Außenminister verweigert seit seinem Amtsantritt auch den kleinsten Schritt, der die Türkei unter Druck und die kurdische Frage einer Lösung näher bringen könnte. Der Innenminister ist offensichtlich überfordert, zitiert als seine Vorbilder mal Kinkel, mal Kanther, will nicht deeskalieren, sondern die Sicherheitsapparate noch härter zuschlagen lassen. Und ein grüner Bundestagsabgeordneter agiert als zielstrebige Lobby für türkische Regimeinteressen im Bundestag. Herauskommt der Plan, „die Logistik der PKK“ in Europa zu „zerschlagen“. Gemeint ist: den kurdischen Fernsehsender MED-TV

verbieten, die kurdische Tageszeitung in Europa *Özgür Politika* verbieten, die nach Kanthers PKK-Verbot noch verbliebenen kurdischen Büros zumachen. Am besten europaweit. Schon in dieser Woche sollen die EU-Innenminister darüber beraten. Das türkische Regime und seine Freunde in der NATO wännen sich auf der Siegerstraße und wollen jetzt schnell, rasch und hart möglichst überall gegen kurdische Einrichtungen zuschlagen. Die kurdische Frage ist für sie kein Menschenrechtsproblem, sondern ein Polizei- und Militärproblem. Daß ein solcher Plan überhaupt öffentlich aufgeworfen und erörtert werden kann, ohne daß ein Sturm der Entrüstung losbricht, wirft ein beklemmendes Licht auf die demokratischen Zustände in Europa.

Immerhin: Es gibt auch Proteste und Gegenwehr gegen diese Politik, nicht nur von kurdischer Seite. Bürgerrechts- und Menschenrechtsgruppen, Anwälte, Gewerkschaften, linke Parteien protestieren gegen die rot-grüne Politik in Bonn, die europäische und die NATO-Politik in der kurdischen Frage. Gegen die Mißhandlungen Öcalans und die Bedrohung, Einschüchterung seiner Anwälte in der Türkei. Gegen die neuerlichen Massenverhaftungen, Folterungen, Parteienverbote. Fordern ein Ende der Waffenlieferungen, eine internationale Konferenz zur politischen Lösung der kurdischen Frage. Viele ahnen, daß die weitere Politik Europas in der kurdischen Frage weitreichende Folgen haben wird – darüber, ob die europäische Politik Kurs nimmt auf eine friedliche, demokratische Lösung von Konflikten, oder ob sie Kurs nimmt auf Krieg und reaktionär-polizeistaatliche Repression im Innern. *rül*

Bundestag, 23.2.1999

Bundesinnenminister Otto Schily:

... Angesichts der mit äußerster Brutalität ausgeführten gewalttätigen Aktionen fanatisierter Anhänger der kurdischen Arbeiterpartei PKK in den letzten Tagen appelliert die Bundesregierung an alle in Deutschland lebenden Kurden: Tragen Sie Ihre Konflikte nicht in Deutschland aus! ... So sehr wir uns weltweit für den Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten einsetzen, genauso entschieden lehnen wir die gewalttätige Auseinandersetzung hierüber in unserem Lande ab. Wer das Gastrecht in Deutschland mißbraucht und straffällig wird, muß mit der vollen Härte unserer Gesetze, mit einem Strafverfahren und mit Ausweisung und Abschiebung rechnen. ... Die generalstabsmäßig ausgeführten Gewalttaten der kurdischen Organisation PKK sind für die Bundesregierung der unwiderlegliche Beweis dafür, daß das von der früheren Bundesregierung verhängte Verbot der PKK richtig war und daß die Entscheidung der neuen Bundesregierung, das PKK-Verbot aufrechtzuerhalten, ebenfalls richtig ist. *(Beifall bei SPD und bei Ab-*

geordneten der F.D.P.) Ein Organisationsverbot löst nicht das Problem von Gewaltbereitschaft konspirativ arbeitender Gruppen, noch dazu von sehr engem Zusammenschluß. Wir wollen deshalb auch unseren Mitbürgern nichts vormachen. Niemand kann ausschließen, daß diese Gruppe oder andere wieder zu Mitteln der Gewalt greifen, um in unserem Land ihre Auseinandersetzungen auszutragen. Aber wir werden nicht zögern, alles zu tun, was rechtlich möglich ist, um diesem Unwesen ein Ende zu bereiten. Diese Sätze stammen aus einer Rede des Bundesinnenministers Kanther vom 10.11.1993 vor dem Bundestag. Sie sind nach wie vor richtig. Nach meiner Überzeugung müssen wir allerdings unsere Bemühungen verstärken, die Logistik der PKK zu zerschlagen und die Voraufklärung zu verbessern, damit wir nicht, wie in den Jahren 1993 und 1994, jetzt wieder, im Jahre 1999, von den Ereignissen überrascht werden ... Ich habe eine genaue und sorgfältige Prüfung in diese Richtung angeordnet. ...

Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ... Auch meine Fraktion verurteilt die Ge-

walt, die im In- wie im Ausland von der PKK ausging, in aller Schärfe ... eine Möglichkeit haben wir; und das ist eine Sache, die wir über alle Fraktionsgrenzen hinweg angehen sollten: Hetzerische Berichterstattung von türkischen oder von kurdischen Tageszeitungen, die in Deutschland hergestellt werden und in denen Politiker dieses Hauses und dieser Republik angegriffen werden, darf nicht länger hingenommen werden. *(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen, SPD und der PDS)* Wir müssen der „Hürriyet“, wir müssen der „Sabah“, wir müssen der „Politika“ und auch – sofern das möglich ist – den Fernsehkanälen deutlich machen: Das geht nicht. ... Wir müssen unsere Möglichkeiten nutzen, damit diesen Zeitungen klargemacht wird: Die Mehrheit – 90 Prozent – der Türken und Kurden, die hier leben und die nichts mit Gewalt am Hut haben, gehört zu uns; diesen Menschen stärken wir den Rücken. Die Fanatiker müssen wissen, daß es so nicht weitergehen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS und der Abgeordnete Manfred Kanther [CDU/CSU] und Dr. Klaus Kinkel [F.D.P.])

Militär und Regierung in Ankara greifen zum zügellosen Terror

Seit der Verschleppung Abdullah Öcalans vor 14 Tagen in die Türkei kommt es zu heftigen Widerstandsaktionen der kurdischen Bevölkerung. Seither finden täglich in alle türkischen Großstädten und den kurdischen Groß- und Kleinstädten Demonstrationen statt.

Auch in den kurdischen Gebieten der angrenzenden Staaten wie Iran, Irak, Syrien und Armenien demonstriert die kurdische Bevölkerung. So fanden in Sulemaniya (Irak), Urmiye und Mahabad (Iran) Demonstrationen mit 15000 bis 30000 Teilnehmenden statt, in Teheran demonstrierten 5000. Dort kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der iranischen Polizei, ein Demonstrant wurde getötet.

In Istanbul sind die überwiegend von Kurden bewohnten Stadtteile Gazi und Ümraniye seit Tagen von Polizei- und Jendarmakräften hermetisch abgeriegelt. Alle öffentlichen Verkehrsmittel, selbst der Fährverkehr auf dem Bosphorus wurde unterbrochen. Die Demonstranten bauen Barrikaden, Autos brennen. Der Istanbuler Gouverneur erklärte den Ausnahmezustand und erteilte der Polizei Schießbefehl. Ähnlich ist die Situation in Izmir, Bursa und Adana. In diesen vier Städten kam es seit dem 21.2. mehrfach zu Schießereien zwischen Demonstranten und Polizei. Die Aktionen in diesen Städten werden von türkischen Jugendlichen und der türkischen Linken unterstützt. In Istanbul wurden mehrere Treffpunkte der faschistischen MHP Ziel von Bombenanschlägen. Spezialeinheiten der Polizei versuchen, die Stadtteile systematisch zu durchkämmen. Bei den Demonstrationen und Razzien in Istanbul wurden Hunderte verhaftet. An allen großen Straßen in und um die Großstädte sind Polizeisperren aufgebaut. Wahlos finden Verhaftungen und Prügeleien statt.

In den kurdischen Gebieten demonstriert die Bevölkerung nicht nur in den Großstädten wie Diyarbakir, Antep, Urfa, Van, Cizre oder Batman. In den kleineren Kreisstädten Hakkari, Tatvan, Kiziltepe, Mardin, Nusaybin, Siverek, Uludere oder Siirt finden ebenfalls Aktionen statt. Bei teilweise schweren Auseinandersetzungen mit Polizei und Militär wurden allein in Diyarbakir mehr als 2000 Leute verhaftet. Von ihnen befinden sich noch über 1200 in Haft und werden schwer mißhandelt und gefoltert. In Kiziltepe und Batman wurden Demonstranten erschossen. In Van ging nach schweren Angriffen auf eine Demonstration von 1000 Leuten am 1.3. ein großes Einkaufszentrum in Flammen auf. In Si-

verek, einem Zentrum der Konterguerillaeinheiten und Dorfschützer, wurde nach einer Demonstration der Treffpunkt der Dorfschützer angegriffen.

Seit mehreren Tagen schließen die Ladenbesitzer in Diyarbakir die Läden, lassen die Rolläden runter. Der Gouverneur von Diyarbakir, Nafiz Kayali, ordnete an, daß die Ladenbesitzer vor Gericht gestellt und ihre Läden aufgebrochen werden sollen. Im Stadtteil Huzurevi wehrten sich die Ladenbesitzer gegen das gewaltsame Eindringen von Polizeikräften. Auf die Polizei wurde geschossen. Zwei Journalisten, die diese Vorgänge dokumentierten, wurden von der Polizei überfallen, einer ist schwer verletzt.

In den kurdischen Städten besetzten Militär und Polizei Schulen und Ambulanzen. Sie hängten türkische Fahnen und Parolen aus den Fenstern. In Diyarbakir begannen die Schüler daraufhin am 1.3. mit einem Schulboykott. Die Studenten der Dicle-Universität in Diyarbakir befinden sich ebenfalls in einem einwöchigen Boykott. Sie halten mehrere Gebäude der Universität besetzt.

In den Gefängnissen begann ein Hungerstreik der politischen Gefangenen. In Ankara schlossen sich die dort inhaftierten ehemaligen Parlamentsabgeordneten der Demokratiepartei Hatip Dicle, Orhan Dogan, Selim Sadak und Leyla Zana dem Hungerstreik an. Am 1.3. begannen im Gefängnis von Batman 20 Frauen mit einem Todesfasten, darunter die als PKK-Kämpferin verurteilte Deutsche Eva Juhnke.

Das türkische Militär und die Faschisten versuchen, die Stimmung gegen die Kurden anzuheizen. Sie führen in vielen Städten gemeinsam Veranstaltungen mit Veteranenvereinen für die in Kurdistan getöteten Soldaten durch. Die Medien verbreiten diese live im Fernsehen. In Mudanya, hier geht die Fähre zur Gefängnisinsel ab, wo Abdullah Öcalan inhaftiert ist, beschloß solch eine Versammlung, gegen internationale Delegationen und die Anwälte von Abdullah Öcalan gewalttätig vorzugehen.

Um gegen den Widerstand vorzugehen, greifen türkische Regierung, Staatsanwälte, Polizei und Faschisten zum organisierten Terror gegen die legalen Organisationsgruppen. In der ganzen Türkei sind die Funktionäre, bekannten Mitglieder und Organisationsgebäude der Partei HADEP zum Angriffsziel geworden. Das türkische Regime versuchte schon vor der Entführung, mit allen Mitteln eine Kandidatur der Kurdenpartei HADEP zu den Parlaments- und Kommunalwahlen am 17. April mit der Verhaftung Hunderter von Funktionären und der Eröffnung des Verbotsprozesses gegen die HADEP zu verhindern. Jetzt wurden in der ganzen Türkei die HADEP-Büros überfallen und die dort anwesenden Funktionäre verhaftet. Fast sämtliche HADEP-Vorstandsmitglieder und örtlichen Vorstände sind in Haft. Frauen, die in den Büros arbeiten oder

dort angetroffen wurden, sind sexuell mißhandelt worden. Mehrere tausend HADEP-Mitglieder sind oder waren in Haft. Die Gewerkschaftsplattform von KESK aus Diyarbakir und Batman haben in einem Aufruf um Hilfe gebeten. In Diyarbakir befinden sich mittlerweile 20 führende Gewerkschafter in Haft, andere sind untergetaucht. Unter den seit zwei Wochen Verhafteten befinden sich Gewerkschafter, die im letzten Jahr in Deutschland während einer Rundreise DGB-Gewerkschaften besuchten, darunter Celalettin Birtane vom Hauptausschuß von KESK Türkei. Die Anwaltsvereinigungen wie TOHAV und die Menschenrechtsvereine des IHD sind weitere Angriffsziele. Letzter Höhepunkt ist der Antrag des Generalstaatsanwalts der Türkei beim Kassationsgericht von Ankara, die HADEP von den bevorstehenden Wahlen auszuschließen. In seinem Antrag erklärt der Generalstaatsanwalt, daß die HADEP sonst im Wahlkampf über die Medien „separatistische“ Propaganda verbreiten könne und so „die Bevölkerung im Südosten des Landes bedrohen“ würde. In den kurdischen Provinzen Siirt und Sirnak wurde die Übergabe der Kandidatenlisten für die Kommunalwahlen bei den Wahlkommissionen verhindert. Die HADEP-Funktionäre wurden auf den Landratsämtern verhaftet und vom Militär verhört.

Solidaritätsaktionen im Ausland

In Athen fand am 1.3. ein Großkonzert „Freiheit für Abdullah Öcalan“ statt, ausgerichtet von griechischen Künstlern, mit mehr als 100 000 Teilnehmern.

Aus Ägypten haben 1500 Schriftsteller und Intellektuelle in einem offenen Brief an Demirel und Ecevit die Angriffe auf die Kurden in der Türkei verurteilt. Sie fordern von der türkischen Regierung: Bevor der Prozeß stattfindet, muß die Regierung mit Abdullah Öcalan über den von den kurdischen Parteien vorgelegten Friedensplan verhandeln. Dann könne kein Prozeß mehr stattfinden.

In Bologna demonstrierten 50 000 Menschen für die Freiheit von A. Öcalan. Auch in anderen europäischen Städten fanden zahlreiche Protestaktionen – nicht nur mit kurdischen Teilnehmern – statt.

Ärztedelegationen aus Frankreich und Belgien waren in der TR. Sie konnten nicht zu Öcalan. Nach Gesprächen mit den Anwälten, die Öcalan besucht hatten, und dem Studium der Fernsehaufnahmen von Öcalan erklärten beide Delegationen: Öcalan wird psychisch gefoltert. Die Verhöre werden rund um die Uhr durchgeführt. Ein Arzt beaufsichtigt die Verhöre der Konterguerilla. Körperliche Folter ist nicht ausgeschlossen. Alles deutet daraufhin, daß Öcalan mit Elektroschocks gefoltert werde. Die Anti-Folter-Kommission des Europarats besucht zur Zeit die Türkei. rub

Quellen: Dokumente aus CL-Netz, MED-TV, Özgür Politika u.a.

50 000 Bauern protestierten gegen EU-Agrarpläne

„Agenda 2000 – Bündnis gegen Arbeit“

Etwa 50 000 Bauern aus zahlreichen EU-Ländern haben am 22. Februar in Brüssel gegen die Agrarpläne der EU-Regierungen im Zusammenhang mit der „Agenda 2000“ protestiert. „Agenda 2000 – Bündnis gegen Arbeit“ war eine ihrer Parolen (Foto).

Ihr Protest richtete sich gegen Pläne der EU-Kommission, im Vorgriff auf die geplante Osterweiterung der EU die Agrarpreise erheblich zu senken. In der Diskussion ist eine Senkung der EU-Garantiepreise für Rindfleisch um 25 bis 30%, für Getreide von 20% und für Milch von 15 Prozent. Bei allen drei Produkten produzieren Bauern und Landarbeiter in der EU schon jetzt mehr, als in der EU verkauft werden kann. Durch die Osterweiterung erwartet die Kommission eine weitere Erhöhung der Agrarüberschüsse



in der EU. Die Senkung der Garantiepreise soll deshalb die Produktion in der EU verringern helfen, und sei es um den Preis von Flächenstillegungen und weiterem zehntausendfachen Bauernlegen. Die Agrarausgaben der EU in den Jahren 2000 bis 2006 sollen durch diese Kürzungen bei 40,5 Milliarden Euro jährlich faktisch eingefroren werden. Die Bauern

fürchten durch die geplanten Kürzungen eine weitere drastische Einkommensenkung und die weitere Vernichtung vor allem kleinerer und mittlerer bäuerlicher Betriebe. Ab Donnerstag dieser Woche wollen die EU-Agrarminister weiter verhandeln, spätestens bis zum nächsten EU-Gipfel am 24./25. März in Berlin soll eine Einigung erzielt sein. *riil*

Wg. Bad Kleinen

Ein Urteil mit weitreichenden Konsequenzen

Das Landgericht Hamburg hat die presserechtlich Verantwortliche des Angehörigen Infos Christiane Schneider in zweiter Instanz wegen Staatsverleumdung (§90a) verurteilt. Damit wurde das Urteil des Amtsgerichts Altona bestätigt; wegen der Länge des Verfahrens – der Abdruck der fraglichen Artikel liegt ca. 3 Jahre zurück – wurde das Strafmaß von 90 auf 60 Tage gesenkt, der Tagessatz gleichzeitig von 30 auf 45 DM erhöht, so daß sich an der Geldstrafe in Höhe von 2700 DM (plus Gerichts- und Rechtsanwaltskosten) nichts ändert, sofern das Urteil rechtskräftig werden sollte. Es wird in jedem Fall Revision eingelegt.

Anlaß des Verfahrens, das wie die vorhergehenden über 30 früheren Verfahren gegen das Info auch von der Karlsruher Bundesanwaltschaft eingeleitet worden war, war der Abdruck von zwei Artikeln, in denen der staatlichen Version, nach der sich Wolfgang Grams selbst getötet habe, entgegengetreten, die Tötung Grams behauptet und darüber hinaus Vertuschung der Todesumstände angeprangert wurde.

Wie der Richter bei der Ablehnung mehrerer Beweisanträge (Ladung von Augenzeugen des Geschehens in Bad Kleinen sowie des damaligen Bundesinnenminister Seiters, Beiziehung von Gutachten) sowie in der mündlichen Urteilsbegründung ausführte, sei es unerheblich, ob die inkriminierten Behauptungen wahr oder falsch sind. Unabhängig davon also, ob Wolfgang Grams erschossen wurde oder nicht und ob der Staat die Todesumstände vertuscht hat oder nicht, ist

die Behauptung, daß er erschossen wurde und daß der Staat die Tötung vertuschte, strafbar. Denn gleichgültig, ob Wolfgang Grams durch die GSG 9 erschossen wurde und die Ermittlungsbehörden, die die Todesumstände aufzuklären hatten, statt dessen Vertuschung betrieben, bedeute die Behauptung eine nicht hinnehmbare Herabsetzung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung: Die Bundesrepublik werde damit auf eine Stufe mit totalitären Staaten und ihren Methoden gestellt ... Daß es beim Abdruck der Artikel einzig darauf angekommen sei, die Bundesrepublik herabzusetzen und sie sogar in die Nähe des Faschismus zu rücken, werde auch daran deutlich, daß in den Artikeln staatliche Einsatzkräfte als „Sondereinsatzkommandos“ – und nicht etwa neutral als „Spezialkommandos“ – bezeichnet würden. Da der §90a den Staat und seine Verfassung schütze, könne sich die Angeklagte auch nicht auf die Verfassung, die sie so herabsetze, und Artikel 5 – Meinungsfreiheit – berufen ...

Die Konsequenzen aus diesem Urteil – würde es rechtskräftig – sind weitreichend. In einem kritischen Zusammenhang könnte schon die Bezeichnung der offiziell so genannten Sondereinsatzkommandos (SEK) als Sondereinsatzkommandos als Verächtlichmachung der BRD bestraft werden.

Es wäre als Konsequenz aus dem Urteil ohne weiteres möglich, Kritik an – z.B. – erwiesener Mißhandlung von Flüchtlingen durch Polizeibeamte (wie sie etwa von ai dokumentiert und kritisiert wurde) unter Strafe zu stellen, da eine solche Kritik an Handlungen von Staatsorganen, unabhängig vom Wahrheitsgehalt der Aussagen, die BRD in die

Nähe von totalitären Staaten rücke usw. usf.

Um es in der juristischen Fachsprache auszudrücken: Da es nicht darauf ankommt, ob der „Vorwurf eines schimpflichen Verhaltens oder Zustandes“ berechtigt ist oder nicht, wird im Zweifelsfall schimpfliches Verhalten und ein schimpflicher Zustand geschützt. Je kritikwürdiger staatliches Handeln ist, je härter entsprechend die Kritik ausfällt, desto stärker der mögliche Verfolgungsdrang und desto drakonischer die Strafen, mit denen Kritik verfolgt werden kann. Eine solch maßlose Auslegung des §90a – der als Eckpfeiler politischer Strafjustiz ganz und gar abgeschafft gehört – dient nicht einfach dem „Schutz“ der BRD und ihrer Verfassung, sondern speziell dem (Selbst-)Schutz totalitärer Bestrebungen und Entwicklungen. Sie pervertiert die Presse- und Meinungsfreiheit und ist selbst totalitär.

Das Urteil nimmt kritische Meinungen potentiell von der Meinungsfreiheit aus, ermöglicht es, Kritik der herrschenden Politik mundtot zu machen und Kritiker zum Schweigen zu bringen.

Damit soll nicht behauptet werden, daß ab sofort jede Kritik unter Strafe steht und jeder Kritiker gefährdet ist. In den Wochen und Monaten nach Bad Kleinen haben auch bürgerliche Medien den Vorwurf der „Vertuschung“ erhoben. Menschenrechtler und eine kleine, aber immerhin vorhandene kritische Öffentlichkeit führen bis heute nicht nur begründete Zweifel an der staatlichen Selbstmordversion an, sondern sprechen von Irreführung der Öffentlichkeit und „Vertuschung“ – wie anders sollte denn auch die endlose Kette von Lügen, Vernichtung von Beweismitteln, der Einstellung der Ermittlungen und der Behauptung

tung des „Selbstmordes“ ohne Beweis genannt werden? –, ohne daß die Bundesanwaltschaft sie deshalb verfolgt. Nein, gefährlich ist das Urteil deswegen, weil es den Verfechtern autoritärer Staatsauffassungen innerhalb des Apparates (nicht zuletzt in der Bundesanwaltschaft selbst) ein juristisches Instrument in die Hand gibt, sich politische Kritiker gezielt und willkürlich vom Hals zu schaffen.

Im konkreten Fall schützt das Urteil die Verantwortlichen für die ungeklärten Todesumstände von Wolfgang Grams. Auch deshalb wird alles versucht, es zu revidieren. scc

Kosovoverhandlungen gescheitert

BRD schickt Kriegsgerät in Balkanregion

Die Kosovoverhandlungen in Rambouillet haben einen merkwürdigen Abschluß gefunden. Sie wurden auf den 15. März vertagt, ohne daß irgendein substantieller Fortschritt bei den Verhandlungen bekannt wurde, der ein erneutes Treffen rechtfertigt. Gleichzeitig begann die BRD mit der Verlegung von Kriegsgerät in die Region.

Es gibt bisher weder von der Kontaktgruppe noch von den Vertretern der Kosovo-Albaner eine Bewertung und genaue Berichterstattung über die Verhandlungen. Was es gibt, ist eine ziemlich umfassende Darstellung seitens der serbischen Regierung. Der serbische Ministerpräsident Milutinovic, der an den Verhandlungen beteiligt war, gibt ein plastisches Bild von dem ganzen Vorhaben, das er in den Worten zusammenfaßte: es gab nur die Wahl zwischen Bomben oder Besetzung des Kosovos mit NATO-Truppen.

Daß sich an dieser Einschätzung bis zum 15. März nichts ändern wird, zeigt auch der Beschluß des deutschen Bundestages, Truppen und schweres Kriegsgerät in das Krisengebiet zu entsenden. Ohne daß es einen Vertrag zwischen den Verhandlungspartnern gibt, der – wenn es dann dort so festgelegt wird und die UNO zustimmt – nur rechtfertigt, Truppen zu entsenden, begann schon wenige Stunden nach dem Bundestagsbeschluß der Transport des Kriegsgeräts.

Lediglich die PDS und der Grünen-Abgeordnete Christian Ströbele stimmten gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr. Ströbele hat in einer persönlichen Erklärung, die erst nach der Abstimmung zugelassen wurde, begründet, warum er gegen den Einsatz stimmte. Er führte u. a. aus: „Ich befürchte, daß, wenn es nicht zur Unterzeichnung eines Rambouillet-Abkommens kommt, nicht nur Flugzeuge, Raketen der NATO und der Bundeswehr auf der Grundlage der Beschlüsse vom Oktober und November 1998 im Kosovo eingesetzt werden, sondern daß dann unter Berufung auf den heutigen Beschluß Panzer, Panzergrenadiere, Infanterieeinheiten in die Bundesrepublik

Jugoslawien einrücken werden und dort zum Kampfeinsatz kommen.“

Im folgenden dokumentieren wir in Auszügen die Stellungnahme des serbischen Ministerpräsidenten zu dem Ausgang der Verhandlungen.

Ein serbischer Verhandlungsbericht

„Im Großen und Ganzen standen wir von Anfang an vor einem vorgegebenen und unakzeptablen Dilemma: Die Wahl zwischen Bomben, falls wir eine schlechte Vereinbarung nicht annahmen, oder Truppen und eine etwas bessere Vereinbarung, die aber trotzdem den Grundstein eines zukünftigen Staates im Kosmet (serbische Bezeichnung für den Kosovo /Abkürzung für Kosovo und Metohija) bildet ...

Im Grunde ging es in diesem Spiel um Truppen und wieder um Truppen. Der Druck, der über die Truppen ausgeübt wurde, offenbart die wahren Absichten – einen strategisch wichtigen Punkt des europäischen Kontinents unter dem fadenscheinigen Vorwand der Friedensschaffung einzunehmen, obwohl jeder weiß, daß es keine militärische Konfrontation gab oder gibt. Das ganze Szenario sollte mit einem Schlag Bedingungen dafür herstellen, die Unabhängigkeit eines Teiles des Territoriums der Republik Serbien zu proklamieren. Eine gute Ausrede für eine Aggression gegen einen souveränen Staat war notwendig ...

Heute wurden die Gespräche von Rambouillet beendet. Welche Kommentare es zu diesen Gesprächen auch immer geben mag, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß unsere Delegation mit ihren Anstrengungen und ihrer konstruktiven Arbeit alles getan hat, was sie konnte, trotz der Tatsache, daß:

1. das Treffen im Rambouillet überhaupt nicht gut organisiert oder durchdacht war, da 18 Tage für die Lösung von Problemen aufgebracht wurden, die, soweit es die Albaner betrifft, ins vergangene Jahrhundert zurückreichen. Tatsache ist, daß die meisten Papiere erst in der zweiten Woche eingebracht wurden, und manche, wie ich bereits sagte, erst in den letzten Stunden, 56 Seiten mit neuem Text, was, gelinde gesagt, eine Farce und ein Zirkus ist. Wir haben diese 56 Seiten abgelehnt;

2. die albanische Delegation die ganze Zeit über eine Arbeitsgruppe ablehnte, auch auf der Ebene von Experten;

3. die albanische Delegation es ablehnte, die zehn Prinzipien der Kontaktgruppe zu unterschreiben;

4. die albanische Delegation die ganze Zeit mit der Unterstützung ihrer Förderer und Beschützer maximalistische Forderungen stellte: keine Bindung an Serbien, ein extraterritorialer Status außerhalb der Staatssouveränität der BRJ, ein Referendum nach drei Jahren und bis dahin ein internationales Protektorat mit der obligatorischen Präsenz von NATO-Truppen etc.

Am wichtigsten ist, daß uns die unan-

nehmbarsten Dokumente präsentiert wurden, die auf jeder Seite den zehn Prinzipien der Kontaktgruppe widersprachen. Wir hätten folgendes akzeptieren sollen:

- a) eine Verfassung für das Kosmet und legislative Rechte für die Versammlung des Kosmet,

- b) ein getrenntes Justizsystem mit einem Verfassungs- und Obersten Gericht des Kosmet,

- c) Anpassung der Verfassung von Serbien und der BRJ an die Vereinbarung,

- d) die notwendige Zustimmung des Kosmets bei Grenzveränderungen im Kosmet und der Proklamierung des Kriegsrechts,

- e) die gesamte Vereinbarung als Übergangslösung zu akzeptieren, weil in drei Jahren ein neues internationales Treffen stattfindet, das den ‚Willen des Volkes‘ in Betracht zieht, das heißt ein Referendum in nur einem Teil von Serbien. Das ist der Gipfel an Zynismus der internationalen Gemeinschaft, die davor erklärte, daß sie nie ein Referendum im Kosovo und dessen ‚Unabhängigkeit‘ akzeptieren würde ...

Trotz alledem hat unsere Delegation bis zum letzten Augenblick eine Reihe von Veränderungen und Lösungen vorgeschlagen, die den Forderungen der Kontaktgruppe nachkommen, für eine weitreichende Autonomie innerhalb Serbiens, welche die Gleichheit aller nationalen Gemeinschaften und damit den multiethnischen Charakter des Kosmet berücksichtigt. Wir erwarteten von der internationalen Gemeinschaft, diesen multi-ethnischen, multireligiösen Ansatz zu unterstützen und nicht den nationalistischen, nazimäßigen Ansatz der separatistischen Bewegung ... Trotz der Zusicherungen der Kontaktgruppe, daß sie die Souveränität und territoriale Integrität der SR und der Bundesrepublik Jugoslawien voll akzeptiert, wurde uns eine neue Doktrin präsentiert, nicht der ‚eingeschränkten‘ Souveränität, aber der praktisch gestohlenen. Sie ging noch weiter als die Breshnew-Doktrin, die einmal für den Warschauer Vertrag galt. Es ist absurd, daß der ‚demokratische‘ Westen versucht, die Grundrechte eines souveränen Landes aufzuheben. Dies ist ein völliges Versagen der internationalen Ordnung, die nach 1945 eingesetzt wurde, als die UNO mit ihrer Charta etabliert wurde, die allen Staaten der Welt das Recht auf Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität garantierte.

Kurz gesagt, läuteten in Rambouillet die Todesglocken für diese internationalen Ordnung, die UNO-Charta, die Helsinki-Schlußakte und die Charta von Paris. Das ganze Europa versagte, indem es das zuließ. Nicht nur unser Schicksal wird hier in Frage gestellt. Dies ist ein Präzedenzfall. Dies ist eine Drohung und eine Warnung, gerichtet an die kleinen und mittleren Länder der Welt.“ *hav* (Quelle: Junge Welt vom 26.2.1999. Dort die Erklärung im vollen Wortlaut)

Das nachfolgende Dokument ist ein Bericht über ein Treffen von Partisanengruppen aus dem südosteuropäischen Raum, die vor 50 Jahren gegen den deutschen und italienischen Faschismus gekämpft haben.

Das Treffen fand bereits Ende September 1998, also vor fast sechs Monaten statt. Die Wege der Information aus dem Balkanraum sind zuweilen lang und verwickelt, vor allem wenn es um kritische Positionen gegenüber dem Kurs der imperialistischen Mächte geht. Über das Treffen wurde in keiner bundesdeutschen Zeitung berichtet. Quelle ist die Zei-

tung „Serbien in der Welt“ vom Oktober 1998.

Das Treffen der Partisanen ist auch noch heute aktuell, weil hier Menschen zusammentrafen, die schon einmal Krieg und Besatzung des Balkan bekämpft haben und die deshalb die jetzige Lage in Bezug zu damals setzen. Ihr Lösungsansatz ist aus der Erkenntnis des gemeinsamen Kampfes von damals der Appell, Frieden und freundschaftliche Beziehungen aus den eigenen Möglichkeiten zu schöpfen und sich nicht von auswärtigen Mächten gegeneinander ausspielen zu lassen.

Daß der gute Vorsatz allein aber nicht reicht, läßt sich an der Aufzählung der Herkunftsländer der Teilnehmer an der Belgrader Konferenz ersehen. Hier fehlt ausgerechnet Albanien. Auch dort gab es aber eine breite Partisanenbewegung. Warum fehlten ihre Vertreter bei der Konferenz? Der Artikel gibt darüber keine Auskunft. Trotzdem scheint es mir wichtig, Stimmen aus dem Balkanraum zu Gehör zu bringen, die sich der gängigen Kriegshetze widersetzen und sich für ein friedliches Zusammenleben auf dem Balkan einsetzen. hav

Veteranentreffen in Belgrad

Appell jugoslawischer Partisanen-Veteranen für Frieden und Freundschaft auf dem Balkan

Konferenz der Veteranenorganisationen des Balkan

Vom 24. bis 27. September 1998 fand in Belgrad die Konferenz der Veteranenorganisationen des Balkan unter dem Motto „Kämpfer des Balkan – für Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung der Völker“ statt. An der Konferenz nahmen Veteranenorganisationen und antifaschistische Bewegungen aus der Republik Serbien, Bulgarien, Griechenland, Rumänien und Jugoslawien sowie Gäste, Vertreter der Veteranenorganisationen Zyperns und Ungarns teil. Die Konferenzteilnehmer stimmten darin überein, daß ein Verband der Veteranenorganisationen und antifaschistischen Bewegungen des Balkan als selbständige und unabhängige regionale Organisation gebildet wird. Die Konferenz hat außerdem beschlossen, mit dem Vorsitz des Verbandes der Veteranenorganisationen und antifaschistischen Bewegungen des Balkan in den nächsten zwei Jahren den Kämpferverband des Volksbefreiungskrieges Jugoslawiens mit dem Sitz in Belgrad zu betrauen.

„Auch trotz des Fortschritts des Friedensprozesses und der Normalisierung der Verhältnisse im Raum des ehemaligen Jugoslawien sowie der Bestrebungen, die Spannungsbereiche sowie die Gebiete potentieller Krisen in anderen Teilen der Balkanhalbinsel unter Kontrolle zu halten, macht die Balkanregion in diesem Augenblick eine sehr komplexe und widersprüchliche Entwicklung durch. Ihre Hauptmerkmale sind die Verflochtenheit positiver Bemühungen der Balkanländer um die Stärkung der gegenseitigen Beziehungen und der negativen Wirkung der Faktoren außerhalb vom Balkan“. Das erklärte unter anderem der Sekretär des Bundesausschusses des Kämpferver-

bandes des Volksbefreiungskrieges Jugoslawiens, Professor Dr. M. Zecevic.

Bei Anwendung der alten Strategie des „teile und herrsche“, meint Professor Dr. M. Zecevic, tauchen neue Formen der Vorherrschaft und Hegemonie auf und es wird Druck zur weiteren Desintegration, zu neuen „Balkanisierungen“ der ganzen Region ausgeübt. Die Balkanländer sind mit der Frage konfrontiert, wie sie sich alten und neuen Formen der Vorherrschaft und der Aufzwingung fremder Interessen entgegensetzen sollen, wie sie sich von der Abhängigkeit befreien und auswärtigen Pressionen und Drohungen widersetzen sollen.

Der Vorsitzende des Kämpferverbandes Jugoslawiens, Professor Dr. Milo Markovic, erklärte damit in Zusammenhang, man erwartete, daß mit dem Dayton-Paris-Friedensabkommen, mit dem der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beendet wurde, eine Zeitspanne der Beruhigung, Normalisierung und Stabilisierung auftreten wird.

„Im Gebiet von Kosovo und Metohija, das einen Bestandteil Serbien darstellt und seit jeher die Heimat des serbischen Volkes und die Wiege der serbischen Staatlichkeit ist, entflammte der jahrelang vorbereitete albanische Separatismus. Er gelangte, insbesondere im Laufe dieses Jahres, auf aggressive Weise als großalbanischer Terrorismus zum Ausdruck.“

„Der albanische Terrorismus“, sagt Professor Dr. M. Markovic, erlebt in Kosovo und Metohija eine Niederlage. Auch die albanischen Massen, auf die schrecklicher Druck ausgeübt wurde, haben aufgeatmet. Der Terrorismus fügte große Übel zu, indem er schreckliche Verbrechen ausgeübt hatte.

Die Wahrheit über diese Verbrechen und Leiden, insbesondere im Dorf

Klecka, wo 23 Personen verbrannt wurden, sowie im Dorf Glodjane, wo Gräber von über 40 Personen entdeckt wurden, wird in vielen Ländern des Westens sowohl von den Medien als auch durch das Schweigen offizieller Organe verborgen.

„Obwohl die internationale Gemeinschaft den Terrorismus in Kosovo und Metohija verbal verurteilt hat, hat er große auswärtige Unterstützung und Ermutigung, und zwar nicht nur aus Albanien“, erklärte der Vorsitzende des Kämpferverbandes des Volksbefreiungskrieges Jugoslawiens, Professor Dr. Milo Markovic.

„Die Balkanländer müssen mit ihren eigenen Nationalismen, historischen Fehlern und Irrtümern ernsthaft abrechnen“, sagt Professor Dr. M. Zecevic und fügt hinzu, die Balkanländer sind lebhaft daran interessiert, sich am Aufbau der neuen europäischen Architektur zu beteiligen.

Professor Dr. M. Zecevic betont, daß die Stärkung des Bewußtseins und der Erkenntnis von der gegenseitigen Verbundenheit, Unteilbarkeit und Interdependenz des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und auf dem Balkan als seinem integralen Teil ermutigend ist.

In diesem Zusammenhang wird im Kämpferverband Jugoslawiens auch der Aufbau des Systems der europäischen Sicherheit angesehen, das nur dann wirksam sein kann, wenn es aus der Übereinstimmung aller Länder als gleichberechtigter Partner hervorgeht. Und das bedeutet, daß auch die Balkanländer die gleiche Behandlung in allen Fragen der europäischen und regionalen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit haben sollen.

Professor Dr. M. Zecevic ist der Meinung, daß die regionale Komponente der



Tito inspiziert jugoslawische Partisaneneinheiten

Sicherheit als langfristiges Ziel die Umwandlung des Balkan in eine Zone des Friedens und der Sicherheit für alle enthalten soll, ohne fremde Truppen und Stützpunkte und ohne Atom- und andere Massenvernichtungswaffen.

Die europäische Entwicklung und der allgemeine Fortschritt der Balkanländer liegen in deren unmittelbaren Verbindung und Einschaltung in die europäischen Integrationsprozesse. „Die Balkanländer dürfen nicht außerhalb bleiben oder am Rande der Integrationsprozesse stehen“, erklärt Professor Dr. M. Zecovic ausdrücklich.

„Die Überwindung der großen Kluft zwischen dem europäischen Norden, (oder Nordwesten) und dem europäischen Süden (oder Südosten) durch die allmähliche Verringerung der Unterschiede im Entwicklungsniveau (und damit auch des Lebensstandards und der Lebensbedingungen), wird langfristige große Bemühungen und Mittel erfordern. In jüngster Zeit sind neben der bilateralen Zusammenarbeit auch Bemühungen um die Entwicklung einer multilateralen bzw. regionalen Zusammenarbeit auf dem Balkan in verschiedenen Bereichen präsent“.

Vertreter der Veteranenorganisationen des Balkan haben zum Abschluß der Konferenz einen Appell für den Frieden, Verständnis und Zusammenarbeit gebilligt, in dem es unter anderem heißt:

„Die Festigung des Friedens, die Stärkung der Stabilität und Sicherheit auf dem Balkan, in Europa und in der Welt standen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit dieser Konferenz.

Die Kämpfer des Balkan, die alle Schrecken des Krieges erlebt haben und den Preis des Friedens kennen, sind vital an der Festigung des Friedens sowie daran interessiert, daß die Träger und Ursachen der Unruhen und Spannungen beseitigt werden.

Das Interesse der Völker Europas ist, daß der Balkan, die Wiege der europäischen Zivilisation, der Raum der Begegnung von Welten, Völkern, Kulturen und Religionen sowie die Brücke, die die Kontinente verbindet, eine Zone des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit wird.

Daher appellieren sie an die Regierungen und alle anderen relevanten Faktoren, daß sie die gegenseitigen Mißverständnisse, Streitigkeiten und Vorurteile energischer lösen und beseitigen sowie die historischen Fehler und Irrtümer, die einen Ballast der Vergangenheit darstellen, überwinden.“

Im Appell wird besonders betont, daß sich die Balkanländer den Versuchen der Einmischung fremder Faktoren in ihre gegenseitigen Beziehungen sowie der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, Drohungen, Pressionen, Sanktionen und ähnlichem energisch widersetzen müssen.

Die Balkanländer, heißt es im Appell, sollen ihren Willen und ihr Recht auf selbständige Regelung der gegenseitigen Beziehungen und auf die Entscheidung über ihr Schicksal in Einklang mit der UNO-Charta, der Schlußakte von Helsinki und der Pariser Charta erneut durchsetzen.

Von größter Bedeutung ist, daß die Balkanländer in erster Linie auf die Suche nach gemeinsamen Interessen, nach dem, was sie verbindet und verknüpft, was sie in die Zukunft des Friedens, der Entwicklung, des allgemeinen Fortschritt und Wohlergehens, der besseren und humaneren Welt für alle Menschen und Völker einführt, ausgerichtet seien, heißt es zum Abschluß des Appells der Vertreter der Veteranenorganisationen des Balkan, der von 24. bis 27. September 1998 auf der Konferenz in Belgrad gebilligt wurden.

Dragan Colovic

Venezuela

Wirtschaftspolitik per Dekret?

Von Alvaro Cabrera

(Caracas, 16. Februar 1999, npl).– Enthusiastisch treibt Hugo Chavez, der neue Präsident Venezuelas, sein Reformprojekt voran. Noch diese Woche will er im Kongreß ein Gesetz einbringen, das ihn ermächtigen soll, per Dekret Wirtschaftsmaßnahmen zu verfügen. Ein Vorhaben, das die Kritiker des ehemaligen Militärs, der 1992 mit einem Putschversuch scheiterte, in ihren Zweifeln an der demokratischen Gesinnung der neuen Regierung bestärkt.

Auch Chavez' Vorhaben, per Referendum die Verfassung des südamerikanischen Landes zu ändern, ist weiterhin Gegenstand heftiger Debatten.

Das neue Dekret sieht Sparmaßnahmen sowie eine Umstrukturierung des öffentlichen Sektors und des Gesundheitssystems vor. Öffentliche Ausgaben sollen gekürzt, Steuern erhöht und der Kampf gegen Korruption ausgeweitet werden. Zusätzlich will Chavez die Auslandsschuld in Höhe von 27 Milliarden US-Dollar neu verhandeln.

Damit werde die Inflation auf 20 Prozent gedrückt und das Haushaltsdefizit auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes begrenzt, erklärte der Regierungschef.

Die Wirtschaft Venezuelas, die in den 70er Jahren einen enormen Erdölboom erlebte, ist zweifelsohne dem Kollaps nahe.

Der anhaltende Verfall des Rohölpreises hat den Export geschwächt und ein großes Loch in den Haushalt gerissen. Die Inflation steigt unaufhaltsam, dem Bildungs- und Gesundheitssystem geht das Geld aus und die Arbeitslosigkeit ist offiziell auf über 15 Prozent gestiegen. Allerdings sind über die Hälfte der Venezolaner im informellen Sektor tätig, wo sie kaum genug zum Leben verdienen.

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums leben 85 Prozent der Bevölkerung in Armut. Die Zahl derer, die von extremer Armut betroffen sind, auf den Straßen leben und keinerlei Einkünfte haben, nimmt zu.

Die Verarmten waren es, die Chavez bei den Wahlen im Dezember einen überwältigenden Sieg bescherten. Die traditionellen Parteien hatten alles Vertrauen verspielt, 57 Prozent der Wähler entschieden sich für den charismatischen Populisten Chavez.

Obwohl die Opposition warnte, der Ex-Putschist wolle eine Diktatur errichten, und Unternehmer sich anschickten, das Land zu verlassen, entpuppte sich

➔ Chavez als versierter Staatsmann.

Besuche in den Nachbarländern, den USA und in Europa verliefen erfolgreich, auch der Weltwährungsfonds IWF sprach ihm sein Vertrauen aus.

Chavez' erste Amtshandlung nach seiner Vereidigung Anfang Februar war die Entlassung von Polizisten, die einflussreichen Leuten als Leibwächter und Chauffeur dienten.

Dann verkleinerte er die Präsidentengarde von 1400 auf 400 Mann, womit der Staat erneut viele Millionen Dollar einspart.

Dann überraschte mit einer neuen Initiative. Er will aus großen Teilen des Militärs eine Baubrigade machen, die für Infrastrukturarbeiten eingesetzt werden soll. „Es handelt sich nicht um eine Militarisierung, sondern um die Zusammenarbeit der Soldaten mit der Zivilgesellschaft, um bei der nationalen Entwicklung zu helfen“, versichert der Verteidigungsminister.

Chávez selbst argumentiert blumig: „Unsere Waffenbrüder können nicht in den Kasernen, Marinebasen oder Luftwaffenstützpunkten inaktiv eingeschlossen und von einer erschreckenden Realität getrennt sein, die nach einer Injektion von Moral und Disziplin ruft“.

Umfragen zufolge stieg die Popularität des Präsidenten inzwischen auf 90 Prozent. Auch die Unternehmer zeigen sich zufrieden, da er entgegen früheren Bekundungen die wirtschaftspolitische Linie seines Vorgängers fortsetzt.

Streit um die geplante Verfassungsreform

Doch an Chavez' wichtigstem Vorhaben – der Verfassungsreform – scheiden sich die Geister. Per Dekret will er eine Volksabstimmung durchführen, um eine neue Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen.

Stein des Anstoßes ist Artikel 2 dieses Dekrets: Er besagt, daß der Präsident selbst über die Zusammensetzung dieses Gremiums bestimmen darf. Konservative Opposition und Menschenrechtler kritisieren, daß die venezolanische Gesellschaft entmündigt werde.

„Wir brauchen eine neue Verfassung, aber alle politischen Sektoren müssen an der Diskussion beteiligt werden,“ fordert Raul Cubas, Sprecher der Menschenrechtsvereinigung „Foro por la Vida“. Zur Zeit befinden Juristen über das Dekret. Die frühere Regierungspartei AD (Acción Democrática) und ein Rechtsanwalt haben beim Obersten Gericht Klage eingereicht.

Selbst ein Mitglied der Verfassungskommission, der frühere Chavez-Vertreter Jorge Olavarria, hat seinen Rücktritt eingereicht.

Das Dekret sei ein „Schmierstück“, meint Olavarria, und erinnert an die Französische Revolution: „Solche Referenden kamen damals in Mode und dienten stets dazu, autoritäre Regime zu etablieren.“

Die Rechte in Frankreich

Bürger, zu den Waffen

Von Bernhard Schmid, Paris

Wenn in Frankreich über „Innere Sicherheit“ diskutiert wird, mag einer nicht zurückstehen: Bruno Mégret.

Die Wachen sind mißtrauisch. Ein hagerer junger Mann mit Baskenmütze trägt eine große französische Nationalfahne vor sich her. Doch das Sicherheitspersonal will diese Karikatur eines Cocorico-Patrioten nicht passieren lassen, ohne einen Blick auf seinen Fetisch geworfen zu haben.

Der Betroffene protestiert – muß denn selbst das Nationalsymbol kontrolliert werden? „Es könnten ja Schweinereien daraufgeschrieben sein“, wird ihm entgegnet. Zerknirscht passiert er den Eingang – vor dem zahlreiche Polizeibusse stationiert sind – um in die Salle Wagram im vornehmsten Teil von Paris zu gelangen. Im Saal ist die Stimmung eher gelassen – anders als bei den großen Show-Veranstaltungen des Konkurrenten Jean-Marie Le Pen, bei denen das Publikum erregt auf den Volkstribun wartet.

Doch hier und heute, es ist Donnerstag letzter Woche, herrscht eher Teamgeist vor: Alle führenden Kader aus dem Pariser Großraum werden auf die Bühne gebeten und nacheinander dem Publikum vorgestellt.

Auf dieser Seite der Spaltungslinie, die derzeit Frankreichs extreme Rechte durchzieht, bestehen noch Chancen für karrierebewußte Kader. Niemand muß unter der Allmacht eines selbstherrlichen Chefs verkümmern.

Auch und erst recht nicht die drei Spitzenfunktionäre. Serge Martinez und Jean-Yves Le Gallou geleiten denjenigen, der heute den Anspruch erhebt, Le Pen seinen Platz als Führer der französischen Neofaschisten streitig zu machen: Bruno Mégret.

Er redet zwar als letzter der drei Parteispitzen, dafür aber am längsten – über eine Stunde. Und doch hat Mégret das Top-Thema des Abends dem Generalbeauftragten des FN-MN, Le Gallou, überlassen: die „50 Vorschläge zur Wiederherstellung der (Inneren) Sicherheit“. Mégret liefert den 1500 Anwesenden, die im Durchschnitt zwischen 35 und 40 Jahre alt sind und somit etwa zehn bis 15 Jahre jünger sind als die Le Pen-Anhänger, nur noch die ideologische Begründung nach.

Kurz nachdem sich im Dezember des vergangenen Jahres der Zerfall des FN in zwei rivalisierende Lager abzeichnete, war die „Innere Sicherheit“ zum Topthe-

ma der französischen Innenpolitik avanciert.

Zufall war das nicht. Denn seither wetteifert die Linksregierung mit den bürgerlich-konservativen Oppositionsparteien um die Gunst größerer Teile der – vermeintlich desorientierten – Wählerschaft des Front National.

Nun hat die extreme Rechte zurückgeschlagen und sucht, die ideologische Hoheit über diesem Terrain zu verteidigen. Die „50 Vorschläge“ haben es in sich: Die Todesstrafe soll wieder eingeführt, Strafen sollen generell verschärft, zusätzliche Gefängnisse gebaut und die Polizei mit mehr Mitteln ausgestattet werden. Auch soll ein „Grundrecht auf Notwehr“ gesetzlich verankert werden, „gesetzes-treue Bürger“ sollen Waffen erwerben, besitzen und sie auch noch als „Sicherheitsausgaben“ von der Steuer absetzen dürfen – es wimmelt nur so von Belohnungen für die „angestammte“ Bevölkerung.

Allen anderen, für die nur der Rauswurf in Frage kommt, soll härter zugesetzt werden. „Unlängst eingebürgerten Straftätern“ sei die französische Staatsangehörigkeit zu entziehen, allen anderen „Straftätern“ droht, geht es nach dem Willen des FN-MN, eine systematische „Veröffentlichung von Namen und Nationalität“ in ihren Wohnorten.

Mégret erklärt, daß zwischen Kriminalität (und Terrorismus, wie das Beispiel der Kurden belege) und Immigration ein enger Zusammenhang bestehe – weil „Bevölkerungsgruppen, die hier nicht zu Hause sind, die ihnen auferlegten Gesetze nicht als die ihren erkennen“. Für die „abstammungsmäßigen“ Franzosen hingegen gelte es, „die Werte wiederherzustellen, die unsere große Zivilisation möglich gemacht haben“. Hinzu müsse der Respekt vor der natürlichen – beispielsweise elterlichen – Autorität kommen.

Mégret zeigt, daß er auch vom Ausland zu lernen bereit ist: „Wer ein Ei stiehlt, der stiehlt auch einen Ochsen“, zitiert er ein altes französisches Sprichwort und übersetzt das New Yorker Zero-Tolerance-Konzept gleich mit.

„Die regierende Linke wie die (bürgerliche) Rechte“ hingegen würden „der 68er-Mode anhängen, die im Kriminellen vor allem ein Opfer der Gesellschaft sehen will“, kritisiert Mégret. Aber nicht ohne zu sagen, was „der Kriminelle“ tatsächlich ist: „ein Raubtier, ein Schädling“.

Auch Frankreichs Geschichtsrevisionisten dürfen sich freuen. Wenn die Konzepte des FN-MN endlich umgesetzt würden, hätte der staatliche Repressionsapparat „Besseres zu tun, als sich im Namen angeblicher moralischer Autoritäten damit zu beschäftigen, was man zu denken hat“.

Mit Pierre Pauty sitzt ein prominenter Vertreter der Revisionisten unter den Parteikadern auf der Bühne – und klatscht Beifall.



DER FALL MUMIA ABU-JAMALS SOLL AUF BUNDESRICHTEREbene VERHANDELT WERDEN. Zwei Monate vor den geplanten Großdemonstrationen in Philadelphia und San Francisco am 24. April haben die Organisatoren des „Millions for Mumia“-Marsches dieser Tage an über 20 Orten der USA, Kanadas und Frankreichs gegenüber den Medien auf ihr Anliegen hingewiesen: ein neues Verfahren für den Ex-Black-Panther, den afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal, der in der Todeszelle sitzt. Mumias Anwalt Weinglass erläuterte, daß er den Fall nunmehr von der staatlichen auf die Bundesgerichtsebene bringen werde, räumte aber ein, daß die Aussicht auf ein erfolgreiches Berufungsverfahren und einen neuen Prozeß „völlig unklar“ seien. Denn ein Antiterrorismus-Gesetz, das US-Präsident Clinton 1996 unterzeichnet hatte, schränkt die Möglichkeiten von Bundesrichtern, ein staatliches Gerichtsurteil zu revidieren, erheblich ein. Im Gegensatz zu Richtern an staatlichen Gerichten seien Bundesrichter, so Weinglass weiter, allerdings viel weniger politischem Druck ausgesetzt.

USA: Linke und Labor bereiten sich auf Präsidentschaftswahlen vor

Ein „Kampagnenkomitee zur Einheit der Grünen“ in den USA möchte, daß Angela Davis für die Partei bei den Präsidentschaftswahlen 2000 antritt. In einem Brief wurde die frühere KP-Aktivistin – inzwischen Mitglied bei den Grünen – aufgefordert, für die Partei bei den Präsidentschaftswahlen 2000 anzutreten.

Hinzu kommt, daß im Jahr 2000 erstmals auch die 1996 mit starker Unterstützung der Gewerkschaften gegründete Labor Party ins Wahlgesehen eingreifen will. Eine Schlüsselrolle unter den 1.400 Delegierten ihres 2. Parteitags im November in Pittsburgh spielte der 49-jährige Robert Wages, Vorsitzender der „Öl-, Chemie- und Atomarbeitergewerkschaft“ (OCAW, 83.000 Mitglieder), der schon zu den Initiatoren der Partei gehörte. Wages stellt das Bindeglied zum wieder stärker nach links gerückten Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO (er hob u.a. das Mitgliedschaftsverbot für Kommunisten auf) dar. Der AFL-CIO startete 1997 in Kooperation mit dem Sierra-Club und Friends of the Earth die erfolgreiche Kampagne gegen Clintons WTO-Ermächtigungsinitiative. Daran

anknüpfend plant Labor vier zentrale Kampagnen: Neben einer arbeiterfreundlichen Welthandelspolitik geht es um den Wiederaufbau des Nationalen Gesundheitswesens, eine umfassende Sozialversicherung und Rechte am Arbeitsplatz. Allerdings lehnt man gemeinsame Wahllisten mit anderen Parteien ab.

Kinderarbeit: Minderjährige als Handelsware

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat auf einem Treffen in Mexiko angeprangert, daß noch immer Millionen Kinder in aller Welt unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen. Die Versklavung mache Minderjährige zu einer Art Handelsware, erklärten ILO-Sprecher auf dem Forum „Kinderarbeit in Mexiko-Stadt“, an dem Vertreter internationaler Organisationen und lateinamerikanischer Gewerkschaften teilnahmen. Eine Unterdrückung der Kinderarbeit drohe allerdings die Armut vieler Familien weiter zu verschlimmern. Der ILO zufolge sind weltweit rund 250 Millionen Jungen und Mädchen von Kinderarbeit betroffen, 30 Prozent von ihnen in Lateinamerika. Ein Großteil der ausgebeuteten Kinder arbeite in der Land-

wirtschaft und in Privathaushalten oder werde zur Prostitution gezwungen, hieß es auf dem Treffen. Die ILO stellte in Mexiko-Stadt einen Entwurf zur Verschärfung rechtlicher Bestimmungen gegen Kinderarbeit vor.

Lohnsklaven für La Martinique

Die Inspection du travail (Arbeitsinspektion, entspricht ungefähr der deutschen Gewerbeaufsicht) soll darüber wachen, daß die Arbeitsgesetzgebung eingehalten wird. Sie ist dafür bekannt, daß sie trotz guten Willens der Beschäftigten – die oft aus der Linken oder radikalen Linken stammen – hoffnungslos überlastet ist. Mit der sozialistischen Arbeitsministerin Martine Aubry hat die Inspection du travail derzeit eine oberste Vorgesetzte, die dafür sorgt, daß weitere Zeit und Energie im Apparat verlorengehen.

Seit Dezember versucht das Arbeitsministerium vergeblich, den Direktor der Arbeitsinspektion im Überseedepartement La Martinique, Jacques Bertholle, abzurufen. Der machte seine Arbeit korrekt und war deswegen der alteingesessenen postkolonialen Oberschicht seit langem ein Dorn im Auge: Die Nachfahren der Sklavenhalter sind der Ansicht, in einem Überseedepartement habe die „normale“ französische Arbeitsgesetzgebung faktisch nicht zu gelten. Das Arbeitsministerium hat Bertholle ein Ultimatum bis zum 11. Februar gestellt, um einen Posten in Paris zu übernehmen; der weigerte sich jedoch standhaft, Martinique zu verlassen, wo sich eine Solidaritätsbewegung für ihn formiert hat.

Proteste gegen Fini in Polen

Der Vorsitzende der italienischen neofaschistischen Aleanza Nazionale (AN), der Nachfolgeorganisation der MSI, besuchte am 19.2. in Begleitung des polnischen Integrationsministers Ryszard Czarnecki das ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Gegen den Besuch protestierten die Museumsdirektion sowie der polnische Verein „Nigdy Wiecej“ („Nie wieder“). Bereits vor dem Besuch in Auschwitz-Birkenau, den Fini als „Erfüllung einer moralischen Pflicht“ bezeichnete, demonstrierten Mitglieder der „Federacja anarchistyczna“ („Anarchistische Föderation“). Fini traf in Krakow außerdem mit Politikern der Zjednoczenia Chrzescijansko-Narodowe („Christliche Volkseinheit“) Michal Kaminski (Abgeordneter im Sejm), Maria Pilki und dem bereits erwähnten Ryszard Czarnecki zusammen. Der Grund des Treffens war nach Czarnecki – der Chefkoordinator der polnischen Delegation bei den Beitrittsverhandlungen zur EU ist – die Notwendigkeit der Bildung einer starken Lobby der europäischen Rechten.

chs, Quellen: Jungle World, 24.2., Rzeczpospolita 20./21.2.99

Zusammenstellung: hav



NPD-Demonstrationen gegen Wehrmachtsausstellung

KÖLN. Die Jungen Nationaldemokraten (JN), die Jugendorganisation der NPD, hat auch für die nächsten Städte, in denen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ gezeigt wird, Gegendemonstrationen angekündigt. In der von Klaus Beier, dem JN-Bundespressesprecher unterzeichneten Pressemitteilung vom 1.2.99 heißt es: „... in Dresden, Münster, Bonn, Hannover und vielen anderen deutschen Städten brachte der nationale Widerstand tausende Nationalisten generationsübergreifend auf die Straßen. So verteidigten auch am Wochenende auf der von den Jungen Nationaldemokraten angemeldeten Kundgebung in Kiel rund 1200 nationale Bürger diszipliniert die Ehre unserer Soldaten“.

„Die Jungen Nationaldemokraten und ihre Mutterpartei NPD werden zusammen mit dem nationalen Widerstand in folgenden Ausstellungsorten gegen die dort stattfindende Anti-Wehrmachtsausstellung friedlich demonstrieren: Saarbrücken (20.2.99), Köln, Hamburg“ Rund 400 Neonazis marschierten wieder am vergangenen Wochenende wie angekündigt in Saarbrücken. Polizei schützte den Aufmarsch, über 100 AntifaschistInnen wurden festgenommen. Es ist immer der gleiche Ablauf: Auch wenn zahlreiche Städte Verbote gegen die Naziaufmärsche aussprachen, wurden diese doch häufig in letzter Minute von Oberverwaltungsgerichten genehmigt. In Köln wäre ein solcher Aufmarsch der rechten Szene der erste seit 1945. Unter dem Motto „Köln stellt sich quer“ soll dies verhindert werden. Vorbereitungen dazu haben begonnen. u.b.

Mittelständische Betrieben gegen CDU/CSU-Kampagne

Hannover. Mit einem „Aufruf von Hannover“ haben sich inzwischen mehr als 40 mittelständische Betriebe und Selbstständige gegen die Unterschriftenkampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gewandt. Der Geschäftsführer der Firma Interdruck hat sich mit einem offenen Brief an den han-

noverschen CDU-Kreisvorsitzenden Wolfgang Neubauer gewandt und ihn aufgefordert, die Unterschriftenkampagne einzustellen.

Im „Aufruf von Hannover“ heißt es: „Hannover ist als Messe- und Expostadt eine weltoffene und menschenfreundliche Stadt. Darauf bauen viele Betriebe und Einrichtungen gemeinsam mit ihren Angestellten, die für ihre Existenz internationale Beziehungen benötigen. Voraussetzung hierfür ist, daß die Unterschiedlichkeit aller Kulturen und Lebensweisen anerkannt werden! Mit Nachdruck verurteilen wir, daß die Frage der doppelten Staatsangehörigkeit für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Straße in einer Art und Weise thematisiert wird, die die Fremdenfeindlichkeit fördert. Genau das stellt Hannovers Weltoffenheit in Frage, und trägt zu einer massiven Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas bei.“

Protest gegen Wertgutscheine für Flüchtlinge

HILDESHEIM. Etwa 200 Menschen, darunter etliche Flüchtlinge, demonstrierten in Hildesheim am 27.2. gegen die Entrechtung und Ausgrenzung von Flüchtlingen und für ungeteilte Menschenwürde. Die Verwaltungen von Stadt und Kreis Hildesheim führen zum 1.3. die schikanösen Wertgutscheine statt der bisher in Bargeld gewährten Sozialhilfe des Asylbewerberleistungsgesetzes ein. Die Demonstration richtete sich dagegen und kritisierte die menschenunwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern, das Arbeitsverbot und das Verbot, den Landkreis zu verlassen. Bei der Kundgebung forderte eine Vertreterin des DGB-Landesbezirks die Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Der Kinderschutzbund forderte angesichts der herrschenden Desintegration, daß Flüchtlingskinder aus der drangvollen Enge der Lager wenigstens in den Kindergärten einen Platz bekämen, um dabei auch die deutsche Sprache lernen zu können. Ein stadtprominenter Vertreter der GRÜNEN/Bündis90 kritisierte unter anderem, daß die Tageszeitung „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ sich mit der Begründung geweigert habe, die Demonstration anzukündigen, sie kündige generell keine Demonstrationen an, während sie kürzlich heftigst die Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft angekündigt hatte. Er machte keinen Hehl daraus, daß er das Heraushalten der Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes aus der Koalitionsvereinbarung SPD/GRÜNE in Bonn nicht teile. Weiter sprach noch ein Student des AstA der Fachhochschule, der grundsätzlich den Rassismus kritisierte. Last not least wurde eine Gutscheinumtauschaktion in Bargeld von einer Gutscheinumtauschinitiative u.a. von Caritas, Asyl e.V. und Kinderschutzbund öffentlich bekannt-

gegeben. Die Demonstration stieß in der Bevölkerung auf große Aufmerksamkeit. rab

Ostermarsch 1999: Europaweit gegen Kriegseinsätze!

FRANKFURT. Im ganzen Bundesgebiet werden wieder Ostermärsche vorbereitet. Die Veranstalter geben sich große Mühe, die aktuellen Ereignisse in die Vorbereitung der Demonstration einzubeziehen. Da ist der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo und der Krieg in Kurdistan.

Das Friedensbüro Heilbronn mobilisiert z.B. auf Aktionen in Strasbourg (Ostersonntag 4.4.99 um 12.00 Uhr) und Calw (Ostermontag 5.4.99 um 10.30 Uhr). Das Friedensnetz Baden-Württemberg, das Friedensnetz Calw und Mouvement de la Paix Strasbourg legten einen landesweiten Aufruf zu den Ostermärschen 1999 vor unter der Überschrift: „Europaweit gegen Kriegseinsätze! Kein KSK (Kommando Spezialkräfte) in Calw und anderswo!“

Unter diesen Aufruf werden derzeit noch Unterstützerinnen und Unterstützer gesucht!

Weitere Infos gibt es beim Heilbronner Friedensbüro-Team, am Wollhaus 13, 74072 Heilbronn, Tel. 07131/962627, Fax 07131/506741, eMail: friedensbewegung.heilbronn@online.de

Rehabilitierung der Verfolgten aus der Zeit des Kalten Krieges

BONN. Vor 50 Jahren ist das Grundgesetz verabschiedet worden und die Bundesrepublik gegründet worden. Die Forderung nach der Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges ist der Kern einer Eingabe an den Bundestag, die am 24. Februar mit 9058 Unterschriften dem Petitionsausschuß übergeben worden ist.

In einem Begleitschreiben an den Petitionsausschuß erinnert die Initiativgruppe daran, daß das 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951, das die Grundlage für politische Verfolgung hergab, seine endgültige Fassung von dem Ministerialdirigenten in der ersten Regierung Adenauer, Dr. Schafheutle erhielt, der bereits in Freislers Reichsjustizministerium die Entwürfe für das „Heimtückegesetz“, für das „Gesetz zur Schaffung des Volksgerichtshofes“, und auch für das „Gesetz über die Bildung von Sondergerichten“ fabriziert hatte. 1951 hatte er die Genugtuung, daß mit der Annahme des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes „seine Novelle von 1934 (!) weitgehend wörtlich übernommen worden“ ist (Bernt Engelmann: die unsichtbare Tradition, Band 2)

Der Brief endet mit der Bemerkung: „Sie werden verstehen, daß wir angesichts dessen unser Recht auf Rehabilitierung einfordern.“

Nach einer Pressemitteilung von Sepp Mayer und Karl Stiffel

Free Abu-Jamal – Freiheit für Mumia!

HAMBURG. 5000 bis 6000 Menschen demonstrierten am 20.2. in Hamburg gegen die drohende Vollstreckung des Todesurteils gegen Mumia Abu-Jamal. Der Demonstration hatten sich auch viele Kurdinnen und Kurden angeschlossen – trotzdem, so viele hatte fast niemand erwartet. Das Solidaritätsbündnis ruft dazu auf, sich am Aktionstag am 24.4. zu beteiligen. Dann wollen die Solidaritätsgruppen in aller Welt eine Million Menschen für Mumia und gegen die Todesstrafe auf die Straßen bringen. Wir dokumentieren auszugsweise die Rede von Winfried Wolf, PDS-MdB; weitere Reden sind im Angehörigen Info 217 dokumentiert.

scc

Angela Davis ist heute eine wichtige Unterstützerin der weltweiten Kampagne für die Freiheit von Abu-Jamal. Sie war Anfang der 70er Jahre die bekannteste schwarze Gefangene in den USA, angeklagt, im August 1970 an einem Überfall auf ein Gericht in San Raphael „beteiligt“ gewesen zu sein. Sie war zwar physisch dort nicht anwesend. Dennoch lautete die Anklage auf Entführung, Mord und Verschwörung.

Es ging nicht um die Tat. Angela Davis war schwarz. Und sie kämpfte.

Angela Davis ...hat in einem Brief aus dem Gefängnis auf den entscheidenden Hintergrund dieser Art von rassistischer Klassenjustiz verwiesen. Sie schrieb:

„Es war ...der bedeutendste Staatsrechtslehrer im Nazi-Deutschland, Carl Schmitt, der die Theorie aufstellte, mit welcher die ‚a priori-Schuld‘ generell eingeführt wurde.“

Es ging dabei nicht mehr darum, ob z.B. ein Dieb ein Dieb war, „sondern vielmehr darum, ob es einer war, dessen Charakter ihn zum Dieb machte.“ Nach Schmitt: „Wer seinem Wesen nach ein Dieb ist ...“

...kann Opfer der Klassenjustiz werden.

Die Oberen diktieren ihrer Justiz: Die Unteren sind potentiell kriminell. Begehen sie auf, so werden sie kriminalisiert, eingeknastet, mit dem Todesurteil bedroht. Und genau so sieht die politische Ökonomie der zum Tod Verurteilten aus:

– 40 Prozent der 3 500 in den USA zum Tode Verurteilten haben schwarze Hautfarbe. Ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung liegt jedoch weit darunter bei rund 12 Prozent.

– Die meisten schwarzen Todeskandidaten sitzen wegen des behaupteten Mordes an einem Weißen im Gefängnis. Seit 1944 wurde allerdings kein Weißer mehr wegen eines Mordes an einem Schwarzen hingerichtet.

Eines der Schlüsselerlebnisse des schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal fand 1978 statt. Er berichtete damals als Rundfunkreporter über den Prozeß gegen neun Mitglieder der Schwarzen-



Organisation MOVE. Sie waren u.a. wegen Polizistenmord angeklagt und wurden zu Strafen zwischen 30 und 100 Jahren Knast je Person verurteilt. Der Richter sagte nach dem Prozeß wortwörtlich im lokalen Rundfunksender:

„Ich habe keine Vorstellung, wer den Polizisten tatsächlich erschossen hat.“

(...) Mumia Abu-Jamal war ein ehemaliger Aktivist der Black Panther Party. Mumia Abu-Jamal hatte nie aufgehört, für Gerechtigkeit und gegen Rassismus zu kämpfen.

Und da Mumia Abu-Jamal auch noch schwarz ist, wußte er, daß er ganz oben auf der Klassenjustiz-Liste mit der Headline „Wanted“ stand.

Er hat es nicht nur wissen können. Dies wurde ihm öffentlich angekündigt – im Sommer 1978, von Philadelphias Bürgermeister Frank Rizzo. Dieser nannte Abu-Jamal auf einer Pressekonferenz zum Thema der „MOVE“-Gruppe eine „Ausgeburt des Journalismus“. Und dann, Auge in Auge mit Mumia wörtlich und öffentlich:

„Die Leute glauben, was Sie sagen. Damit muß Schluß sein. Eines Tages, und ich hoffe, daß das noch in meiner Amtszeit geschieht, werden Sie für das, was Sie tun, zahlen müssen.“

Seit 17 Jahren zahlt Abu-Jamal nun die Rechnung der Klassenjustiz. Seit 17 Jahren droht ihm die Vollstreckung des Todesurteils. Und es verwundert kaum mehr: Seine Verurteilung erfolgte sehr konkret nach dem zitierten Prinzip der Klassenjustiz. Entscheidend war nicht der Beweis der Tat ...Entscheidend war die Frage des Staatsanwalts nach dem Charakter des Angeklagten. Diese Frage lautete:

„Erinnern Sie sich, gesagt zu haben: ‚Die Black Panther Party ist eine kompromißlose Partei. Sie sieht die Realität, wie sie ist‘.“ Abu-Jamal nickte und sagte ja. Die weißen Geschworenen nickten das Todesurteil ab und sagten ja, weil Abu-Jamal schwarz ist und kämpfte.

Wir fordern, zusammen mit Demokraten, Christen und amnesty international die Abschaffung der Todesstrafe – in den USA, in China und leider muß ich seit gestern hinzufügen: in Kuba.

(...) Die Todesstrafe und der Fall Abu-Jamal stehen für ein Grundprinzip der Gesellschaft, das auch im Abu-Jamal-Prozeß zur Sprache kam. Der Staatsanwalt fragte Jamal:

„Sind Sie der Meinung, daß Ihre Philosophie sich im Einklang befindet mit dem Zitat: ‚Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.‘ Jamal antwortete zustimmend mit: „Es war Amerika, das die politische Macht von den indianischen Völkern erobert hat – aber nicht durch Christentum, nicht durch Güte, sondern durch Gewehrläufe.“

Diejenigen, die Abu-Jamal hinrichten wollen, wollen damit ihre Philosophie der Gewaltherrschaft dokumentieren. Diese kommt aus den Gewehrläufen. Sie kommt aus der Gasspritze. Sie kommt aus dem elektrischen Stuhl. Wer gestern Bomben auf Bagdad warf, wer morgen Bomben auf Belgrad wirft, der wirft sich auf zum Herrscher über das Leben all derjenigen, die Widerstand leisten gegen Unterdrückung, gegen Ausbeutung, gegen den allein übriggebliebenen, sehr real existierenden Kapitalismus.

James Baldwin, der große schwarze Schriftsteller, schrieb 1971 in einem Brief an seine schwarze Schwester Angela Davis Worte, die unsere Wort an Abu-Jamal sind:

„Wir müssen für Dein Leben kämpfen, als ob es unser eigenes wäre. Mit unseren eigenen Körpern müssen wir den Gang zur Gaskammer versperren. Denn wenn sie Dich am Morgen abholen, dann werden sie in der Nacht auch uns abholen können.“

(...) In diesem Sinn werden wir uns in den Weg stellen auf dem Gang in den Tod, der Mumia droht, und nicht aufhören zu fordern:

Free Abu-Jamal – Freiheit für Mumia!

Münchner Grüne fordern „RundenTisch für Kurden“

MÜNCHEN. In einem Schreiben an OB Ude hat der Vorsitzende der Grünen Stadtratsfraktion, Siegfried Benker, die Einberufung des „Runden Tisches für Kurden“ vorgeschlagen. Gerade weil die Münchner KurdInnen bisher ausschließlich friedlich gegen die Verhaftung und Verschleppung von Abdullah Öcalan protestiert hätten, sei es richtig, ihnen nun von Seiten der Stadt eine Gesprächsangebot zu machen.

Der „Runde Tisch für Kurden“ wurde nach der Besetzung des Kurdischen Elternvereins 1995 ins Leben gerufen. Siegfried Benker: „Derzeit starrt die Öffentlichkeit auf die Gewalttaten in anderen Städten. Kurden, die ihre Forderungen vortragen wollen, ohne dabei zu illegalen Mitteln zu greifen, haben es dagegen schwer, Gehör zu finden. Der Runde Tisch ist derzeit die einzige Möglichkeit, bei der kurdische Organisationen und Vereine offiziell eingeladen werden und ihre Belange vortragen können. Das friedliche Verhalten der Münchner Kurden sollte unterstützt werden.“ In einem weiteren Schreiben bittet Benker Außenminister Joschka Fischer, die deutsche EU-Rats-Präsidenschaft für eine Initiative zur friedlichen Beilegung des türkisch-kurdischen Konflikt zu nutzen und sich für einen rechtsstaatlichen Prozeß gegen Öcalan einzusetzen. Siegfried Benker: „Bei allen Gesprächen mit Kurden in München wurde gesagt, daß eine ernsthafte Friedensinitiative der Bundesregierung und ihr Einsatz für ein faires Verfahren gegen Öcalan viele Emotionen beruhigen würde. Ein deutliches Zeichen wäre außerdem, die Waffenlieferungen und die Militärhilfe an die Türkei einzustellen, solange der Krieg gegen Kurdistan anhält.“



Protestkundgebung der Münchner Kurdistansolidarität am 27.2. auf dem Marienplatz

Ein breites Bündnis

Etwa 800 bis 1000 Menschen verschiedenster Nationalität bekundeten am Samstag, den 27.2.99 auf dem Münchner Marienplatz ihre Solidarität mit den berechtigten Anliegen der kurdischen Bewegung nach Selbstbestimmung. Sie artikulierten ihren Protest gegen das Geheimdienstkomplott um die Festnahme des Generalsekretärs der Arbeiterpartei Kurdistans Abdullah Öcalan, die menschenrechtsverletzende Kolonialpolitik des türkischen Staates, sowie die bundesdeutsche Verwicklung in den Terror gegen das kurdische Volk. Bedauernswert war, daß das Innenministerium auf ihre Provokationen gegenüber der kurdischen Bevölkerung nicht ganz verzichten konnte. So wurden zwar Bildtafeln mit dem Bild Abdullah Öcalans und der Aufschrift „Freiheit für Abdullah Öcalan geduldet“, verboten war aber, „Biji Apo“ zu

rufen oder sonstige Symbole des kurdischen Emanzipationskampfes zu tragen.

Erfreulich war, dass es zu einem recht breiten Bündnis gekommen war. So sprachen u.a. Sigi Benker (Münchner Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen), der kurdische Schriftsteller und Mitglied des Exilparlaments Haydar Isik, eine Vertreterin der Internationalen Untersuchungskommission zur Ermordung von Andrea Wolf, Eva Bulling-Schröter (MdB/PDS), Max Brym (Münchner Bündnis gegen Rassismus), Michael Stenger vom Bayerischen Flüchtlingsrat und Angelika Lex (Deutsch-kurdische Gesellschaft). Ein besonders wichtiges Zeichen war, dass sich die griechische Gemeinde München durch einen Redebeitrag und die Unterstützung der Kundgebung beteiligte.

jok



Plakate mit Überraschungseffekt (siehe Bild) und Flugblätter verteilt die DGB-Jugend in Betrieben und Gewerkschaften, um für die doppelte Staatsbürgerschaft zu werben.

Beeindruckende Protestaktion

MANNHEIM. Gegen die heimtückische Entführung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan demonstrierten am Samstag in der Mannheimer Innenstadt 2- bis 3000 KurdInnen und Kurden. Sie versammelten sich auf dem Paradeplatz unter den Augen der Polizei und machten mit Sprechchören und vielen Transparenten ihre Forderungen deutlich.

Vorangegangen war ein generelles Demonstrationsverbot für KurdInnen in ganz Baden-Württemberg mit der Begründung, „Kurdenkrawalle“ verhindern zu wollen.

Auf der Kundgebung wurden mehrere Resolutionen verlesen und Reden gehalten, u.a. von einem Vertreter des Antirassismus Initiative Mannheim und einem Mitglied des Friedensplenums.

Vorstandsmitglieder des Kulturzentrums Kurdistans in der Holzstraße hatten bereits kurz nach Beginn der Kundgebung mit der Polizeiführung über die Möglichkeit einer spontanen Demonstration verhandelt. Nach Rücksprache mit OB Widder und dessen Rückversicherung beim Landesinnenministerium wurde dies jedoch kategorisch abgelehnt. Allenfalls sei der OB bereit, nach Auflösung der Kundgebung eine kleine Delegation zu empfangen, jedoch ohne Pressebegleitung und ausdrücklich mit der Weigerung, irgend eine Art Resolution entgegenzunehmen, geschweige denn eine solche weiterzuleiten.

Nach nochmaligen Gesprächen zwischen dem Vereinsvorstand und der Polizeiführung – der Wasserwerfer und die verstärkten Polizeikräfte standen bereit, die Kundgebung anzugreifen – stimmte der Vorstand zu, die Kundgebung zu beenden (es war inzwischen 13 Uhr). Im Gegenzug sollte dann das Treffen mit dem OB stattfinden – nicht etwa auf „neutralem Grund“ oder gar im Rathaus, sondern im Lagebesprechungsraum des Bereit-

schaftspolizei Quartiers B 4. Ausdrücklich auf Anweisung der Polizei sollte der Abzug „in kleinen Gruppen“ nur durch die verlängerten Planken erfolgen, hin zum Kulturzentrum. Diese Anweisung setzten die „kleinen Gruppen“ so prompt um, daß sie sich alle gemeinsam in einer großen Demonstration wiederfanden. Die Polizei lenkte diese Demonstration an der Rückseite des Jüdischen Gemeindezentrum und an der Moschee auf der gegenüberliegenden Straßenseite vorbei. Trotz sichtlicher Anspannung und Wut bei vielen DemonstrationsteilnehmerInnen über den türkischen Staat und seine Repräsentanz in der Moschee kam es zu keinerlei Abweichungen von der Demonstrationsroute.

Nach Ankunft in der Holzstraße kam dann das Gespräch in der B 4-Wache zwischen mit OB-Widder und einer sechsköpfigen Delegation (darunter vier junge Frauen) zustande.

Widder nutzte dem Vernehmen nach die Gelegenheit, die „Weltoffenheit“ der Stadt Mannheim zu preisen und die Delegation zu belehren über die Pflicht der kurdischen Menschen, die Gesetze des „Gastgebers“ einzuhalten. Obwohl dieser Ablauf die Vereinsvertreter nicht überraschte, war ihnen das Anliegen sehr wichtig, überhaupt einmal „vorgelassen“ zu werden, gleichsam einmal die Gelegenheit zur Vorstufe eines Dialogs zu bekommen.

Der Polizeichef vor Ort murmelte nach Teil eins des Zug-um-Zug-Verfahrens (dessen zweiten Teil er dann auch einhielt) etwas von gewonnenem Vertrauen für die Zukunft. Nachdem er während der Verhandlungen immer wieder seinen kurdischen „Ansprechpartnern“ brüsk erklärt hatte: „Ihrer Volksgruppe kann ich nicht trauen!“

tht



Foto: arbeiterfotografie

Kölnern und Kölner rufen auf:

Zeit für Zeichen!

Für eine politische Lösung der Kurdistanfrage

Um die Spirale der Gewalt zu durchbrechen und eine weitere Eskalation zu verhindern, ist dringend eine Initiative der deutschen Politik erforderlich.

Wir fordern von der Bundesregierung, sich umgehend dafür einzusetzen, daß internationale BeobachterInnen an Öcalans Haftort zugelassen werden und seine AnwältInnen sofort einreisen können.

Ein fairer Prozeß ist nur vor einem internationalen Gericht möglich.

Weiterhin muß die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Präsidentschaft endlich eine europäische Initiative für eine umfassende politische Lösung der Kurdistanfrage auf den Weg bringen, wie sie die Kurden seit langem gefordert haben.

Um zu einer Entspannung auch in der Bundesrepublik beizutragen und die Bereitschaft zu einer politischen Lösung zu signalisieren, erwarten wir von der Bundesregierung, sofort auf Abschiebungen von Kurdinnen und Kurden in die Türkei zu verzichten.

UnterzeichnerInnen:

Jupp Angenforth (Landesvors. NRW der VVN/BdA) • Hamide Akbayir (Mitglied des Ausländerbeirates Köln) • Azadi e.V. • Ulrike Bach (VVN Köln) • Hans-Günter Bell (stellv. Vors. Jusos Mittelrhein) • Edeltraut Busalt-Schröder (B'90/Die Grünen KV Lev) • Ulrike Detjen (Mitgl. LV PDS NRW) • Tim Engels (stud. jur.) • Dr. Firaz Farrokh (Geologe) • Ebrahim Farsy (Schauspieler) • Flüchtlingsrat Leverkusen • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft • Stadtverband Köln • Gabi Gillen (Journalistin) • Rolf Gössner (RA/Publizist) • Carl W. Heydenreich (RA) • Marianne Hürten (Mdl. B'90/Die Grünen) • Heinz Humbach (VVN) • Kein Mensch ist illegal • Detlev von Kirchbach (Journalist) • Peter Kleinert (Filmemacher) • Elmar Klevers (Vors. DfV Köln) • Kunö e.V. Köln • Kurdische Plattform Köln • Daniel Kreutz (Mdl. B90/Die Grünen NRW) • Wolfgang Lindweiler (PDS Köln) • Ulla Lötzer (MdB PDS) • Anne Lüttes (Fraktionsvorsitzende B'90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln) • Christoph Meertens (Rechtsanwalt) • Anneliese Milton (B'90/Die Grünen Köln) • Jürgen Neitzert (Franziskaner) • Martin Rausch (Betriebsrat Köln) • Nikolaus Roth (Betriebsrat Bayer Leverkusen) • Mehmet Sahin (Dialog-Kreis) • Ulrich Sander (Journalist Bundesspr. VVN/BdA) • Elke Schmidt (Betriebsrat Bayer Leverkusen) • SprecherInnenrat VertreterInnen und Vertreter der zufluchtgewährenden Gemeinden des Wanderkirchenasyls • Gernot Steinweg (Regisseur) • Ukur Tekin (Forum f. Freiheit und Solidarität) • Theater Kocer e.V. • Peter Trinogga (Vors. der DKP Köln) • Thomas Wüppesahl (Sprecher der BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten) • VVN/BdA-Bundesvorstand

..... Weitere Unterschriften bitte an Fax - Nr (0221) 21 53 73

„Wohnen muß für alle Haushalte bezahlbar sein“

Im „Linken Parlamentsreport“ der PDS Thüringen, Beilage zur Zeitung UNZ, erläuterte die PDS-Landtagsabgeordnete Dr. Heide Wildauer die PDS-Forderung nach einer Anhebung des Wohngelds und kritisiert die Untätigkeit der SPD Thüringens:

„Fast 62% der 95 000 Wohngeldempfänger in Thüringen, nämlich 58 635, sind Arbeitslosen- und Rentnerhaushalte. Für diese Haushalte gibt es in der Regel durch die Steuerreform und die Erhöhung des Existenzminimums keine Erhöhung des verfügbaren Einkommens, und zum großen Teil kommt für diese Haushalte Kindergeld nicht in Frage. Allerdings steigen deren Aufwendungen durch die vorgesehene Ökosteuer. Allein daraus ergibt sich die Notwendigkeit für ein höheres Wohngeld. Zum anderen ist dies in Ostdeutschland erforderlich, weil für einen großen Teil der Wohngeldberechtigung auch in Thüringen die Mietkostenbelastung 30 bis 50% beträgt.“

Nun wird in Bonn bereits argumentiert, daß die Wohngeldreform kaum Verbesserungen für die Ostdeutschen bringen werde, weil diese ja aufgrund der Sonderregelung durchschnittlich 20% mehr erhalten als westdeutsche Mieter. Außerdem fehle es am Geld, weil die neue Bundesregierung die verfügbaren Mittel in die Steuerreform, die Anhebung des Existenzminimums und in die Erhöhung des Kindergeldes stecke.

Die PDS wird sich auf solche Argumente nicht einlassen. Wohnen muß für alle Haushalte bezahlbar sein. Ein wirksames Wohngeld muß die Haushalte entlasten, die aus eigener Kraft das Grundbedürfnis Wohnen nicht oder nicht vollständig bezahlen können. Ich meine, dafür gibt es auch Finanzierungsmöglichkeiten.

So frage ich: Macht es wirklich Sinn, die Vermögenssteuer abzuschaffen, wenn gleichzeitig die finanziellen Mittel für ein wirksames Wohngeld fehlen? Können wir uns weiterhin im Bereich von Abschreibungen und Verlustrechnungen ein Steuerrecht erlauben, das die Umverteilung von unten nach oben fördert? Ist es weiterhin vertretbar, daß die Einkommensgrenzen für die Eigenheimzulage bei 120 000 DM für Ledige und 240 000 DM für Verheiratete festgeschrieben bleibt, wenn gleichzeitig kein Geld für ein wirksames Wohngeld zur Verfügung steht?

Ein höheres Wohngeld ist möglich, wenn der Reichtum anders verteilt wird. Dazu sind auch Aktivitäten der Thüringer SPD gefragt. Hier herrscht allerdings Funkstille.“

(aus: UNZ, Unsere Neue Zeitung in Thüringen, Nr. 3/1999)



Etwa 700 NPD-Anhänger marschierten am 27. Februar in Magdeburg auf, um ihre rassistische Hetze gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und gegen alle Migrantinnen und Migranten zu dokumentieren. Ein „Bündnis gegen rechts“ aus PDS, SPD, Grünen, Gewerkschaften und Kirchen sowie ein „Arbeitskreis Antifaschismus“ riefen zu Gegenaktionen in der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt auf, an denen sich insgesamt 2 000 Personen beteiligten. Die Polizei griff mehrfach provokativ die antifaschistischen Gegenaktionen an – das Tragen von Sonnenbrillen wurde z.B. als „Vermummung“ eingestuft. 84 Personen aus der Antifa wurden unter solchen Vorwänden verhaftet, nur 10 Neonazis kamen in Haft. Der PDS-Stadtvorstand Magdeburg hat angekündigt, die Polizeiübergriffe würden ein juristisches und politisches Nachspiel haben. rül

Antifa luden zum „alternativen Shopping“ nach Jena

REP, BFB und Pro-DM betreiben „Bündnis 99“ für Thüringen

Am 27. Februar haben die rechtsextremen bis offen neofaschistischen Parteien „Republikaner“, „Bund freier Bürger“ und die Partei „Pro-DM“ im Hotel „Europäischer Hof“ im thüringischen Altenburg einen gemeinsamen „Programmparteitag“ zur Bildung eines „Bündnis 99“ durchgeföhrt. Etwa 50 ältere Herren versammelten sich. Die drei Parteien gemeinsam zu den kommenden Landtagswahlen in Thüringen antreten. Thüringer Antifaschisten berichteten im Vorfeld und nach der Tagung:

„Auf Grund der Tatsache, daß sich in Jena (ursprünglich war eine Tagung im Jenaer Hotel „Esplanade“ geplant, d. Red.) ein rechtsextremes Bündnis aus REP, BFB und PRO-DM Thüringen gründen will, um zum Landtag zu kandidieren, haben am Abend des 23.2. Menschen aus Parteien, Gewerkschaften, dem Jenaenser Jugendinitiativen mögliche Reaktionen beraten.“

Das Treffen soll im Hotel „Esplanade“ Jena stattfinden. Die Geschäftsführung

dieses Hotels, das auch in Berlin Niederlassungen hat (Holiday Inn, Lützowufer 15, Airport Hotel, Rohde Str. 90) und gerne an ausländischen Gästen verdient, verweigert mit Hinweis auf die Einnahmen die Stornierung der Belegung.“

Nach Meinung der Thüringer Antifa hat das Bündnis, sollte es zustande kommen, ernsthafte Aussichten, in den nächsten Landtag zu kommen, der am 12. September dieses Jahres gewählt wird.

Ein Antifa-Bündnis mobilisierte deshalb gegen die geplante Tagung in Jena zu einem „Alternativen Shopping“ nach Jena. In einem Flugblatt hieß es:

„Das Bündnis 99 steht für Sozialabbau, Verharmlosung der Naziverbrechen, Nationalismus, Rassismus und Ausgrenzung von Nichtdeutschen, Kooperation mit dem Thüringer Heimatschutz und anderen Neonazi-Truppen.“

An die Adresse der Antifa hieß es:

„Das Luxushotel ‚Esplanade‘ braucht Werbung. Das Ansehen in der Öffentlichkeit muß ins richtige Licht gerückt werden. Die ganze Stadt muß erfahren, daß

das „Bündnis 99“ trotz der Kenntnis um den Charakter dieser Partei im „Esplanade“ tagen und die Kandidaten für den Wahlkampf aufstellen kann. Schon einmal haben rücksichtslose Unternehmer den Boden für eine menschenfeindliche Partei geebnet.“

Deshalb:

„Mitzubringen ist alles, was die Kommunikation (Trillerpfeifen, Rasseln und vieles andere) fördert und hilft, Werbung für das Hotel zu machen. Wer Rechtsextremen und NeofaschistInnen Unterschlupf gewährt, ist mitverantwortlich! Am 27. Februar muß deutlich werden, daß BürgerInnen, die noch Wert auf Humanismus und demokratische Verhältnisse legen, dieses Hotel meiden müssen.

Keine Ruhe für die Gastgeber von Rechtsextremen!“

Gleichzeitig kündigte der stellvertretende Landesleiter der Gewerkschaft HBV Thüringen, Angelo Lucifero, an, die Gewerkschaft werde bundesweit und international über diese Tagung in den Räumen des Hotels berichten:

„Wer wie der Chef des „Esplanade“, Herr Rettl, wissentlich Rechtsextremen Tagungsräume zur Verfügung stellt und gegenüber der *Thüringer Landeszeitung* Jena (25.2.) GegnerInnen des Treffens des „Bündnis 99“ (BFB, REP, Pro-DM) mit Tieren vergleicht und als ‚Brut‘ bezeichnet, ist alles andere als ‚unpolitisch‘, sondern ergreift Partei für Rechtsextremisten.

Wir werden unsere Konsequenzen daraus ziehen. Herr Rettl wird nicht erwarten, daß Menschen und Organisationen, die sich demokratischen und humanistischen Werten verpflichtet fühlen, weiterhin dieses Hotel besuchen werden ... wir werden unsere Verbindungen in und außerhalb Thüringens, aber auch ins Ausland hinein, nutzen, um über die Geisteshaltung der „Esplanade“-Geschäftsleitung zu informieren.“

Die Proteste gegen die geplante Tagung hatten dann im letzten Augenblick doch noch Erfolg: Der Parteitag mußte ins Hotel „Europäische Hof“ in Altenburg verlegt werden.

Wegen der gleichzeitig stattfindenden Antifa-Demonstrationen in Wurzen (hier demonstrierten etwa 500 vorwiegend junge Leute gegen die rechte Szene in der Kleinstadt) und Ronneburg war es schwierig, Leute für eine Gegenaktion aufzutreiben. Dennoch versammelten sich gleich zu Beginn des Parteitags in Altenburg eine Gruppe von Leuten aus dem DGB-Spektrum vor dem Hotel und protestierte gegen den Parteitag. Später kamen noch Leute aus der Antifa und aus der PDS zu der Aktion hinzu. Mit Transparenten, Sprechchören und einer spontanen Demonstration, die von der PDS-Kreisvorsitzenden Sojka an gemeldet worden war, wurde gegen den rechtsextremen Parteitag protestiert.

rül
Zusammengestellt nach Materialien der Antifa und PDS-Thüringen und der HBV Thüringen. Weitere Infos unter Tel. 0361-6599812.

KINDERGARTENGE-

SETZ: Elmshorn.

Eltern und Erzieher haben in Schleswig-Holstein Arbeitsgruppen gebildet, die unter dem Motto „Wer schweigt, stimmt zu“ den Widerstand gegen das geplante Kindergarten-gesetz organisieren wollen. Statt der Festschreibung von Mindeststandards sieht das Gesetz vor, daß Kommunen und Träger künftig die Standards individuell aushandeln. Diesen Deal hat das Land den Kommunen als Ausgleich für den geänderten Finanzausgleich angeboten. Eltern und Erzieher fürchten nun, daß durch Vergrößerung von Gruppen und Reduzierung von Fachpersonal gespart werden soll. Die Sachkosten wären längst auf das unbedingt notwendige beschränkt. Einsparungspotential gäbe es nur noch bei den Personalkosten. Je nach Finanzkraft der Kommune variiert dann die Qualität der Kindergärten.

KITA-GEBÜHREN: Stuttgart. Auf einer öffentlichen Beratung des Gesamtelternbeirats begründete der stellv. Jugendamtsleiter Korn die Abschaffung des Familienpasses damit, daß mit den neuen Regelungen alle Familien in den Genuß von Vergünstigungen kommen sollten, nicht nur die ärmeren. Außerdem sei es möglich, nach dem Bundesjugendhilfegesetz Beihilfe zu den Kindergarten-gebühren zu beantragen. Der Gesamtelternbeirat kritisierte, daß dieses zu wenig bekannt sei, und außerdem viele keine „Almosenempfänger“ sein wollten. Erzieher befürchten, daß sich viele Eltern für die billigere Form der Halbtagsbetreuung entscheiden würden, was wiederum eine Rationalisierungswelle bei den Erziehern zur Folge haben könnte. Es bestehe der Verdacht, daß über die Gebührenregelung der Bedarf an öffentlicher Kinderbetreuung geregelt werden solle.

ZWANGSARBEIT FÜR FLÜCHTLINGE? München.

Nach Informationen der Grünen Stadtratsfraktion werden Flüchtlinge von der Stadt unter Androhung von Leistungskürzungen zu sogenannten „Arbeitsgelegenheiten“ für 2 DM pro Stunde herangezogen. Da die meisten Flüchtlinge vom freien Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, haftet diesem Vorgehen der Charakter von Zwangsarbeit an, es ist daher von der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf scharf kritisiert worden. Die Grünen wollen in einer Anfrage wissen, ob diese Berichte zutreffen, ob bei Arbeitsverweigerung auch Mittel für Winterkleidung gekürzt werden, und ob den Flüchtlingen Wegezeiten von 40 Minuten zugemutet werden, um für 2 DM in der Stunde zu arbeiten.

KLEIDERBEIHILFEN: Mannheim. Die unter zahlreichen Protesten von Betrof-

fenen und Wohlfahrtsverbänden seit Januar 1999 gekürzten Kleiderpauschalen für Sozialhilfebezieher in Baden-Württemberg, von der vor allem junge Mütter und Kinder bis zu einem Jahr betroffen sind, sind in Mannheim noch nicht in Kraft getreten. Der Aufschieb, für den sich auch die Gemeinderatsfraktionen der SPD und der Grünen ausgesprochen haben, gilt zumindest bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 18. März, wo es nicht zuletzt von den Mehrheitsverhältnissen abhängen wird, wie weiter entschieden wird.

KAPPUNGSGRENZE: Hamburg. Der Senat will erneut einen Gesetzesantrag in den Bundesrat einbringen, um die Kappungsgrenze von 20% bei Mietpreiserhöhungen in Altbauwohnungen, die vor 1981 fertiggestellt wurden und deren Quadratmeterpreis über 8,00 DM nettokalt liegt, bis zum 31. 12. 2002 verlängert werden soll. Die alte Bundesregierung hat die Regelung zum 1. 9. 98 auslaufen lassen, wodurch nach der vorherigen Regelung wieder 30% Erhöhung in drei Jahren galten. Ein auf Initiative Hamburgs beschlossener Gesetzentwurf des Bundesrats zur Verlängerung wurde in der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr im Bundesrat beraten.

ÖKOSTEUER: Bonn. Der Deutsche Städtetag hat sich gegen die Ökosteuer auch für den Öffentlichen Personennahverkehr gewandt. „Es ist unbegreiflich, warum ausgerechnet die umweltfreundlichen Verkehrsmittel Bus und Bahn nicht von der Ökosteuer ausgenommen werden“, kritisierte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Stefan Articus. Er bezifferte die Belastungen für Busse und Bahnen auf 75 Mill. DM allein im Jahr 1999, wobei die Entlastungen durch reduzierte Sozialversicherungsbeiträge (30 Mill. DM) bereits abgezogen seien. Viele Städte könnten diese Belastungen nicht durch höhere Zuschüsse abdecken und so Fahrpreiserhöhungen und Einschnitte bei den Leistungen im ÖPNV nicht verhindern.

FINANZVERFASSUNG: Bonn. Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat scharfe Kritik an Kanzler Schröder und den Ministerpräsidenten der Länder geübt. „Bei den Erörterungen über die Reform der für 2005 angestrebten Finanzverfassung gehören die Kommunen sofort mit an den Tisch“, forderte DLT-Hauptgeschäftsführer Hans-Henning Becker-Birck, „ansonsten besteht die Gefahr, daß Pflöcke eingerammt werden, die anschließend nicht mehr zu beseitigen sind.“ Schröder hatte zuvor nach einem Gespräch mit den Länderchefs die unmittelbare Beteiligung der Kommunen mit dem Hinweis auf die Informationspflicht der Länder zurückgewiesen.

Zusammstellung: ulj

GEGEN UNTERSCHRIFTENKAMPAGNE DER CDU.

Der Personalrat des Jugendamts der Stadt Stuttgart äußerte sich am 9.2. zur Unterschriftenkampagne der CDU gegen den Doppelpaß: „Seit Jahrzehnten arbeiten im Jugendamt Stuttgart deutsche und ausländische KollegInnen unterschiedlichster Nationalitäten erfolgreich zusammen in einer Atmosphäre, die geprägt ist von gegenseitiger Achtung und Wertschätzung.

Aus Sicht des Personalrates ist dieses positive Klima in jüngster Zeit gefährdet, da immer mehr ausländische Kolleginnen und Kollegen verunsichert sind und sich durch die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zunehmend diskriminierenden Vorurteilen ausgesetzt sehen. Auch in der Arbeit mit vielen ausländischen Kindern und deren Familien ist derzeit diese Verunsicherung spürbar.

Der Personalrat lehnt diese Unterschriftenkampagne entschieden ab, die zu Spaltung führt, zu Störungen des friedlichen Miteinanders und letztendlich nichts anderes als geistige Brandstiftung darstellt.“

TARIFRUNDE VERSICHERUNGEN UND BANKEN:

Warnstreiks, Erpressung und keine Angebote. Auch nach einem Vierteljahr „Verhandlungen“ für die 230 000 Beschäftigten in den Versicherungen sowie für die 460 000 Angestellten in den Banken liegen in beiden Branchen noch keine ernsthaften Angebote vor. Im Gegenteil: Trotz inzwischen zahlreicher Warnstreiks mauern die beiden reichsten Branchen der Bundesrepublik: So werden die Forderungen der Banken (v.a. Freigabe des Samstag) aufrechterhalten, die Versicherungen zaubern dazu echte Neuigkeiten aus dem Hut:

Hier sollen die Beschäftigten seit der Verhandlung am 22.2. gegen die Steuerpläne der Bundesregierung in Stellung gebracht werden. Durch die geplante höhere Besteuerung der Schadenrückstellungen der Sachversicherungen um bis zu 17 Mrd. DM sei „die Existenz der Branche gefährdet“, und ehe diese Pläne nicht vom Tisch oder zumin-

dest kräftig reduziert seien, könnten sie kein Tarifangebot vorlegen. Die Verhandlungen müßten deshalb bis in den April hinein vertagt werden – also nach den entsprechenden Entscheidungen des Bundesrates. Die Tarifkommissionen von HBV und DAG haben dieses Ansinnen heftig zurückgewiesen, jedoch lediglich einen etwas früheren neuen Verhandlungstermin – den 19.3.99 – erreichen können.

In einer politischen Erklärung hat die HBV-Tarifkommission dagegen protestiert und darauf hingewiesen, daß „die glänzend verdienenden Versicherungen ... ihren Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit zu leisten haben“. Weiter heißt es: „Die HBV-Tarifkommission lehnt den Versuch der Arbeitgeber ab, sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Auf besondere Empörung, Unverständnis und Ablehnung stößt der Mißbrauch der Tarifpolitik zugunsten der Steuerpolitik. Wenn die Versicherer mit Kapitalflucht und Vernichtung von Arbeitsplätzen drohen, ist es höchste Zeit für die ArbeitnehmerInnen, sich zur Wehr zu setzen. Deshalb fordert die Große Tarifkommission alle Versicherungsbeschäftigten auf, sich am bundesweiten HBV-Aktionstag, dem 11. März 1999, zu beteiligen.“

Bereits am 19.2. haben in Hamburg fünf Warnstreiks in Versicherungen mit über 2 000 Beteiligten stattgefunden, außerdem Warnstreiks in Karlsruhe, Stuttgart, Regensburg mit zusammen über 1 000 Teilnehmern. Ab dem 4. März sollen die Aktionen in der Versicherungsbranche noch verstärkt werden. *res*

BILDJOURNALISTEN DEMONSTRIEREN:

Am 1. März wollen zahlreiche Bildjournalisten einen Aktionstag gegen den Berliner „Tagesspiegel“ (im Besitz der Holtzbrink-Gruppe wie z.B. das „Handelsblatt“) durchführen. Deutscher Journali-



sten-Verband (DJV), IG Medien, FreeLens rufen zu dem Aktionstag wegen Urheberrechtsverletzungen des „Tagesspiegels“ auf. Über 1 000 Bildjournalisten aus der ganzen Bundesrepublik haben in einem Brief dem „Tagesspiegel“ vorgeworfen, Rechte ihrer freien Fotografen fortgesetzt zu verletzen. Bei dem Aktionstag sollen die gesammelten Unterschriften am Montag, 1. März an die Geschäftsführung der Zeitung übergeben werden.

Der „Tagesspiegel“ druckte Fotos nicht nur, wie vereinbart, in seiner Zeitung selbst ab, sondern veröffentlichte diese auch im Internetangebot der Tagesspiegel Online Dienst GmbH und in den Potsdamer Neuesten Nachrichten. Hierfür lag kein Einverständnis der Bildjournalisten vor. Auch eine Honorierung für die weitere Verwendung der Fotos erfolgte nicht.

Bis heute weigert sich der Verlag hartnäckig, Verhandlungen über eine angemessene Honorierung zu führen. Statt dessen wurde über einige Bildjournalisten und Fotoagenturen ein Auftragsboykott verhängt.

„Der Tagesspiegel tritt die Arbeit der Bildjournalisten mit Füßen“, erklärte einer der geschädigten Fotografen. Ein Fototeppich vor dem „Tagesspiegel“ Verlagsgebäude soll dies bei der Demonstration am 1. März symbolisieren.

Seit Ende Dezember letzten Jahres haben fünf Bildjournalisten gemeinsam mit dem DJV, der IG Medien und FreeLens Klage gegen die unerlaubte Bildnutzung durch den „Tagesspiegel“ eingereicht.

Diese Klagen und den Ak-

tionstag am 1. März in Berlin sehen die beteiligten Fotojournalisten auch als ein Signal an zahlreiche andere Verlage, die elektronischen Nutzungsrechte von Journalistinnen und Journalisten endlich angemessen zu achten.

(Zusammengestellt nach der gemeinsamen Presseerklärung von IG Medien, DJV und FreeLens vom 22.2.99)

LADENSCHLUSS.

Es bewegt sich ein wenig ins Positive für die Beschäftigten im Einzelhandel – Die Proteste von verschiedenen Seiten in Schleswig-Holstein und Hamburg waren nicht vergebens. So haben inzwischen zwei Landräte Anträge auf Geschäftsöffnung nach §14 Ladenschlußgesetz (anlässlich Messen, Märkten und ähnlichem) nicht zugestimmt, weil der Tatbestand des Gesetzes nicht erfüllt ist (was ja bisher in vielen Fällen durchaus keine Hürde war). Im Schreiben an die entsprechende Gemeinde verweist der Landrat auf die Belange der Beschäftigten, die mit erwogen werden müßten, und beruft sich hier auf Argumente der Gewerkschaft hbw und der Nordelbischen ev.-luth. Kirche. „Feste dürfen nicht nur deshalb organisiert werden, um eine allgemeine Öffnung der Läden am Sonntag zu rechtfertigen“, so ist die konkrete Begründung der Ablehnung zusammenzufassen. Auch in Hamburg sind, allerdings nachträglich, Sonntagsöffnungen von den Behörden auf ihre Gesetzmäßigkeit überprüft worden. Das Ergebnis war, daß die Öffnungen nicht rechtmäßig waren. Wir machen weiter! (Brigitte Gehrke, Solinet)

Meinungen in der IG Metall geteilt – Unternehmer noch heftiger gegen Tarifbindung

Die Bandbreite der Bewertungen des Metall-Tarifabschlusses aus der Sonderschlichtung war groß.

Die Spitze der IG Metall äußerte sich zufrieden. Der erste und der zweite Vorsitzende, Zwickel und Peters, stuften das Ergebnis als „gut“ ein, weil „das Volumen von über vier Prozent für 1999 die Erwartung vieler Metallerinnen und Metaller erfüllt“, „das Ergebnis ohne Streik erreicht wurde“, „die Arbeitgeber ihre Blockadehaltung aufgeben mußten“ (gemeint ist deren hartnäckige Forderung nach gewinnabhängigen Lohnbestandteilen). Ob Zwickel nun sein famoses „Ende der Bescheidenheit“ erreicht sieht oder nicht, hat er bislang nicht verraten.

Kritik an dem Ergebnis kam in Baden-Württemberg vor allem von linken und in großen Konzernunternehmen tätigen Funktionären. Diese Kritik bezog sich vor allem auf den Abstand von Forderung und Abschluß und auf die vorübergehende Wirkung eines Teils der Lohnerhöhung. Manche forderten die Durchführung einer Urabstimmung über das Ergebnis.

In den Belegschaften war die wohl am meisten gehörte Meinung, die auch in Funktionärskreisen vorgeherrscht haben dürfte und sich in der großen Zustimmung der Tarifkommission niederschlug: Mit dem Ergebnis kann man leben. Vor allem in den mittleren und kleinen Unternehmen, die sehr viel niedrigere Gewinne als die großen Konzernunternehmen erzielt haben, war diese Meinung verbreitet.

Und das beinhaltet der Abschluß:

- Die Tariflöhne und -gehälter werden ab März '99 um 3,2% erhöht.
- Für die Monate Januar und Februar

gibt es eine Pauschalzahlung von 350 DM, die für alle Lohngruppen und die unteren Gehaltsgruppen über den 3,2% liegen. Diese Art von Pauschalzahlung hat es auch in der Vergangenheit immer wieder gegeben.

- Anders verhält es sich mit der weiteren Einmalzahlung von 1% des tariflichen Jahreseinkommens (also ohne übertarifliche Zuschläge und ohne Berücksichtigung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Überstunden). Diese neue Art von „Lohnerhöhung“ wirkt nur für dieses Jahr, geht also nicht in die Lohn- und Gehaltstabellen ein und damit auch nicht in die Basis für künftige Lohnerhöhungen. Sie hat den Charakter einer „Belohnung für das gute Jahr 1998“, die aber nicht dauerhaft wirken soll.

- Die Ausbildungsvergütungen werden um Beträge zwischen 44 und 55 DM erhöht und entsprechend den derzeitigen Relationen an die Ecklohngruppe im gewerblichen Bereich (Lohngruppe 7 im summarischen System) angebunden. Sie betragen zwischen 37,7% der Ecklohngruppe im ersten und 46,6% im vierten Lehrjahr und folgen damit künftig automatisch der Lohnentwicklung. Diese Anbindung, die seit Jahren erfolglos gefordert wurde, ging diesmal zur Verwunderung der IG Metall ohne große Auseinandersetzung durch. Hintergrund dürfte sein, daß die Metall- und Elektroindustrie nach der Standortdebatte und den Rationalisierungswellen der letzten Jahre unter der jungen Generation keinen guten Ruf genießt und – von den großen Konzernunternehmen abgesehen – Nachwuchsprobleme hat.

- Die Laufzeit des Tarifvertrags wurde auf 14 Monate verlängert, bis Ende Februar 2000. Die Beschäftigten müssen also die ersten beiden Monate des nächsten

Jahres zu den alten Einkommen arbeiten.

- Ganz unter die Räder der Pilotverhandlungen ist der Zeitlohnzuschlag gekommen, der in Baden-Württemberg gefordert war. Mit diesem Zuschlag sollte die Benachteiligung der Beschäftigten im Zeitlohn ein Stück weit angegangen werden als Zwischenschritt zu einem neuen gemeinsamen Entgelttrahmentarif für alle Beschäftigten. Außer einer Protokollnotiz mit einer Absichtserklärung zu einem neuen Entgelttrahmen ist davon nichts übriggeblieben – keine gute Ausgangslage für die Verhandlungen in den nächsten Monaten.

- Nicht durchgekommen sind die Metallarbeitgeberverbände mit der bis zuletzt geforderten Bindung tariflicher Lohnbestandteile an den Unternehmensgewinn und der Entscheidung darüber auf betrieblicher Ebene. Auf allen Ebenen der Gewerkschaft war der Widerstand gegen eine solche Ausdehnung der Flexibilisierung auf die tariflichen Einkommen stark und hat auch durch die Sonderschlichtung hindurch gehalten. Den Betriebsräten bleibt dadurch betriebliche Tarifpolitik, die sie nicht wollen, zunächst erspart. Aber die Metallarbeitgeber lassen keinen Zweifel, daß sie das Thema bei der nächsten Gelegenheit wieder auf die Tagesordnung setzen werden.

- Und ganz ohne Erfolg sind sie ja auch nicht geblieben. Gewisse Elemente von Lohnflexibilisierung konnten sie schließlich im Abschluß unterbringen: Einerseits die Einmalzahlung, die den Lohn nur vorübergehend erhöht. Andererseits die Möglichkeit der Betriebspar-teien, per Betriebsvereinbarung den Auszahlungszeitpunkt der Einmalzahlung von April 1999 bis spätestens Januar 2000 zu verschieben oder Ratenzahlungen festzulegen. Wer sein Girokonto überzo-

Tarif Metall: Wird der Osten abgekoppelt?

Nach Übernahme der Verhandlungsergebnisse von Baden-Württemberg auch auf das Tarifgebiet 1 (Westberlin) und auf das Tarifgebiet 2 (Ostberlin und Brandenburg) am Donnerstag, den 25. Februar, steht jetzt nur noch die Übertragung der Ergebnisse auf die übrigen Ost-Tarifbezirke an. Für diese ostdeutschen Tarifgebiete jedoch haben die Kapitalisten unmißverständlich mit Abkoppelung bzw. Abschlägen gedroht. Zur Stunde (25. Februar) wurde neben Ostberlin und Brandenburg lediglich für Mecklenburg/Vorpommern das Ergebnis über-

nommen mit der Modifikation, daß die Einmalzahlung nur auf 11 Monate berechnet wird und die Pauschale für Januar und Februar auf 175 DM halbiert wird. Diese Abschläge bewegen sich noch in gewisser Hinsicht im Rahmen des Abkommens von IG Metall und Arbeitgeberverbänden von vor einigen Monaten, in dem die Übertragung der Westergebnisse mit einem Monat Verzögerung auf den Osten abgesichert wurde.

Die Arbeitgeberverbände aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen jedoch wollen eine darüber hinaus gehende spürbare Abkoppelung. Sie wollen ein Niedriglohngebiet Ost unter allen Umständen und drohen mit Selbstauflösung

der Arbeitgeberverbände und Schaffung neuer tarifungebundener Verbände. Mit diesem Schachzug wollen die Kapitalisten einen „legalen Bruch“ der Tarifvertragsvereinbarungen ermöglichen. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf hat unter Mißachtung der Tarifautonomie sich offen auf die Seite der Kapitalisten gestellt.

Die nächsten Verhandlungstermine in Sachsen sind auf den 3. März gelegt worden, ein Tag nach Ablauf der Erklärungsfrist in Baden-Württemberg. Das bedeutet: Die Gefahr der Abkoppelung des Ostens, der Vergrößerung der Lohn- und Gehaltsdifferenzen zum Westen, dauert an. *brr*

gen hat und Zinsen zahlen muß, spürt den Unterschied, ob die Einmalzahlung früher oder später eingeht.

Noch ist nicht absehbar, ob das sozusagen eine kleine Fußnote dieser Tarifbewegung bleibt, oder ob hier ein Anfang gemacht wurde, der in Zukunft ausgebaut werden soll. Aber denkbar wäre natürlich, auch größere Teile einer Einkommenserhöhung auf eine Zeitschiene zu setzen und den Betriebsparteien zum Verschieben zu überlassen.

In den letzten Tagen haben nun eine Reihe von Tarifgebieten im Westen, aber auch im Osten dieses Tarifiergebnis übertragen (im Osten mit einmonatigen Abschlägen bei der Pauschal- und der Einmalzahlung, näheres siehe Kasten Seite 19).

Aber die Tarifbewegung ist damit noch lange nicht zu Ende. Nicht selten wird sich eine zweite betriebliche Runde der Auseinandersetzungen anschließen, ob, wann und wie das Tarifiergebnis in der Praxis realisiert wird. Die sächsischen Metallarbeitgeber haben kurzerhand ihre Verbandssatzung geändert und jedem zahlungsunwilligen Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, binnen vier Wochen auszutreten, bevor die Tarifregelung im Osten startet.

Aber auch im Westen zeichnen sich die Auseinandersetzungen um die Umsetzung ab: Anrechnung der Tarifierhöhungen auf übertarifliche Zulagen, Tarifbruch oder auch Ausbruchversuche aus der Tarifbindung. So hat der Verband der Metall- und Elektroindustrie Rheinland-Rheinessen nach dem Tarifabschluß mit Unterstützung von Gesamtmetall die Gründung eines neuen Arbeitgeberverbandes OT (ohne Tarifbindung) beschlossen. Die IG Metall wird auch nach diesem Abschluß keine Verschnaufpause in der Tarifpolitik haben. rok

Tariffbewegung öffentlicher Dienst

Schneller Abschluß

„Es gibt keinen Tarifrabatt für rot-grüne Koalitionen!“ Unter diesem Motto mobilisierte z.B. die ÖTV in Berlin zum Warnstreik. Nach allem, was die Mitglieder der großen Tarifkommission bis zu diesem Zeitpunkt von den Tarifverhandlungen mit der neuen Regierung berichtet hatten, war nicht mit einem schnellen Abschluß zu rechnen. Zweimal legten die Arbeitgeber von Bund, Land und Kommunen (alle SPD) gar nichts vor und verlangten von vornherein eine „Gegenfinanzierung“.

Kam schon der Aufruf zum Warnstreik nach zwei Verhandlungsrunden für viele Mitglieder früh bzw. überraschend, so der Abschluß am dritten Verhandlungstag erst recht. Nach den Berichten der Presse griffen die Gewerkschaften beim ersten Angebot zu. Der Eindruck täuscht, und er täuscht auch nicht. Einerseits wurde in Sondierungsgesprächen hart verhandelt, und der Abbruch der Verhandlungen stand mehrmals bevor. Andererseits waren die Gewerkschaftsvertreter von dem konkreten Angebot dann doch so überrascht, daß sie es sofort akzeptierten und der großen Tarifkommission zur Annahme vorlegten. Vor allem hatte niemand damit gerechnet, daß eine Drei vor dem Komma steht.

Gesamtergebnis deutlich unter 3 Prozent

Der Abschluß im einzelnen:

1. Die Einkommen von Arbeiter/innen und Angestellten werden ab 1. April 1999 um 3,1 % erhöht.
2. Für die ersten 3 Monate dieses Jahres werden im Tarifgebiet West DM 300, im

Tarifgebiet Ost DM 259,50 (= 86,5 %) Einmalzahlung geleistet.

3. Die Laufzeit beträgt 15 Monate.

4. Die Ausbildungsvergütungen sowie Vergütungen für Schüler/innen in der Krankenpflege und Ärzte im Praktikum werden ab 1.1.1999 um 3,1 % erhöht.

Alle weiteren Vereinbarungen sind Fortschreibungen des Bestehenden: So erklären die Arbeitgeber ihre Absicht, die Zahl der Ausbildungsplätze auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten und die Regelung zur Übernahme Ausgebildeter in ein Arbeitsverhältnis von sechs Monaten bis zum 31.3.2000 zu verlängern.

Eindeutig verfehlt wurden die Ziele, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, eine bessere und verbindlichere Übernahmeregulierung (für 12 Monate) zu vereinbaren wie auch insgesamt das Thema Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsplatzsicherung keine Rolle spielte.

Nicht erreicht wurde, die Zuwendung (Weihnachtsgeld) wieder auf ein volles 13. Monatsgehalt anzuheben. Es bleibt bei der Einfrierung auf dem Stand von 1993 und beträgt somit im Tarifgebiet West nur noch 89,62 % und im Tarifgebiet Ost 67,12 %. Damit und mit der Einmalzahlung plus verlängerter Laufzeit liegt das Gesamtergebnis deutlich unter 3 Prozent.

Trotz dieser Einschränkungen – und über eine weitere wird noch zu berichten sein – wird das Ergebnis weitgehend positiv bewertet, sieht es doch auf den ersten Blick nahe dem von Metall aus. Nach der Rückkopplung mit den Bezirken und Kreisverwaltungen der ÖTV, die eine Ablehnung von nur 3 Kreisverwaltungen ergab, nahm die große Tarifkommission mit 118 Ja- zu 12 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen das Ergebnis an.

Keine „Gegenfinanzierung“?

Die ÖTV betont, daß es in dieser Tarifrunde keine „Gegenfinanzierung“ oder Kompensation gegeben habe. Auch dies ist richtig und auch wieder nicht. Es gibt keine unmittelbare „Gegenfinanzierung“ oder Kompensation des Tarifiergebnisses. Allerdings wurde eine politische Erklärung zur Gestaltung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst vereinbart, die solches für die Zukunft erwarten läßt. Bis zum 31. Juli dieses Jahres sollen die Tarifverhandlungen zum Thema Arbeitszeit, die seit 1995 ohne Annäherung geführt werden, zum Abschluß gebracht werden. Es geht um die Einführung eines Arbeitszeitkontos einerseits und eines Arbeitszeitkorridors andererseits. Auf dem Arbeitszeitkonto sollen Überstunden, in Zeit umgerechnete (faktorierte) Zeitzuschläge und in Zeit umgerechnete Vergütungen für Bereitschaftsdienste und Rufbereitschaft



Berlin: Knapp 6000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst protestierten am Vortag der am 26. Februar beginnenden neuerlichen Verhandlungsrunde für den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst gegen die Blockadetaktik und die Lohnkürzungspläne der Dienstherren. Insbesondere die kommunalen Arbeitgeber spielen sich als „Hardliner“ auf und verlangen als „Gegenleistung“ für eine Nominallohnanhebung – die in Wirklichkeit nur die Teuerung und gestiegene Steuern und Sozialversicherungszahlungen ausgleichen würde – weitere „Flexibilisierung“.

angesammelt werden. Die Spanne reicht von 40 Minusstunden bis 80 Plusstunden. In betrieblichen Vereinbarungen kann die Höchstgrenze auf bis zu 600 (!) Plusstunden angehoben werden. Der Arbeitszeitkorridor soll dazu dienen, die wöchentliche Arbeitszeit zuschlagsfrei zu erhöhen. Überstunden sollen erst nach 45 Wochenstunden anfallen. Die Höchstarbeitszeit soll 48 Stunden betragen und darf im Durchschnitt von 3 Wochen nicht überschritten werden.

Die Absicht der öffentlichen Arbeitgeber ist klar. Sie wollen die Reduzierung der Überstundenzuschläge und anderer Zuschläge für ungünstige Arbeitszeiten einerseits wie auch der Zahl von Überstunden insgesamt durch flexible Arbeitszeiten andererseits. Bei vermuteten 240 Millionen Überstunden pro Jahr im öffentlichen Dienst eine lohnenswerte Angelegenheit.

Arbeitszeitkonto und Arbeitszeitkorridor sind nach der politischen Erklärung „Kann“-Regelungen, zu der der einzelne Arbeitnehmer nicht gezwungen werden kann. Auch sind die Fragen der Verfügbarkeit über das Arbeitszeitkonto u.ä. eher arbeitnehmerfreundlich gehalten. Es bleibt zu hoffen, daß diese Grundsätze bei den weiteren Verhandlungen erhalten bleiben und die ÖTV ihre Zusage selbst ernst nimmt: „Wir werden darauf achten, daß die Interessen der Beschäftigten dabei so gewahrt werden, wie das im Rahmen gewerkschaftlicher Grundsatzbeschlüsse gewollt wird. Das gilt vor allem für ... den Umgang mit Überstunden und Zuschlägen, die speziellen Belange von Beschäftigten in Wechselschicht- und Schichtdiensten und die besondere Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes.“

har
Quellen: TS-berichtet Nr. 10/99 v. 27.2.99, Tarif-Info Nr. 6 v. 27.2.99, Presseartikel v. 28.2.99

Einzelhandel Schleswig-Holstein

150 DM für alle!

Am 16.2.99 traf sich die Tarifkommissionen von hbv und DAG (nebeneinander), um die Forderungen für den Lohn- und Gehaltstarif und die Auszubildendenvergütung für den Einzelhandel Schleswig-Holstein zu beschließen. Der Tarifvertrag ist zum Ende April gekündigt. Auch die ersten Verhandlungen werden voraussichtlich zu dem Zeitpunkt stattfinden.

Nach ausführlicher Beratung und Abwägen von Argumenten, stimmte eine Mehrheit der hbv-Tarifkommission dafür, einen Betrag von 150 DM für alle Lohn- und Gehaltsgruppen zu fordern sowie 60 DM für Auszubildende.

Vielen Mitgliedern der Kommission ist das Ritual zuwider, die Forderung so hoch anzusetzen, damit am Ende wenigstens die Hälfte herauskommt. So wurde ausdrücklich festgestellt, daß der Abschluß nahe bei diesen 150 DM liegen muß! (Das entspricht 92 Pfennig pro Stunde / Voll-

zeit = 163 Stunden) – Es war bekannt, daß in Hessen eine Forderung von 200 DM aufgestellt wurde. So wissen die Kolleginnen und Kollegen, für welchen Betrag eventuell zu streiken ist. In der Debatte wurde angemerkt, daß es ideal wäre, wenn Forderungen direkt in den Betrieben formuliert würden, so daß Kolleginnen und Kollegen sich für IHRE Forderung einsetzen könnten.

Auf eine Prozentforderung wurde ausdrücklich verzichtet, auch wenn angemerkt wurde, daß die „Presse“ immer nach der Prozenhöhe fragt. Dem Argument, gegenüber den laufenden Tarifverhandlungen bei Metall mit einer gleichlautenden Forderung von 6,5% Solidarität zu zeigen, wurde entgegnet, daß auch die nur vergleichbar wäre, wenn die zugrunde liegenden Löhne dabeistünden. Kurz, es soll klar ausgedrückt werden, um wieviel Mark es für jeden geht. Darüber hinaus wurde beschlossen, einen Vertrag über Altersteilzeit abzuschließen, gleichlautend mit dem, der in Bayern ausgehandelt ist (vorausgesetzt, es kommt dort zu einem Abschluß).

Überlegungen gibt es, eine „Öffnung“ der Anlagemöglichkeiten für die „Vermögenswirksamen Leistungen“ anzuregen, um diese z.B. auch für Altersversorgung nutzen zu können. Die Kommission der DAG, welche am Nachmittag mit der hbv-Kommission zusammentraf, beschloß ein Forderung von 6% mit einer „sozialen Komponente“ (besondere Anhebung unterer Tarifgruppen). Die DAG hat darauf verwiesen, daß für die tarifliche Absicherung der Lohnfortzahlung an anderer Stelle auf Einkommen verzichtet wurde, was jetzt zurückzuzahlen sei.

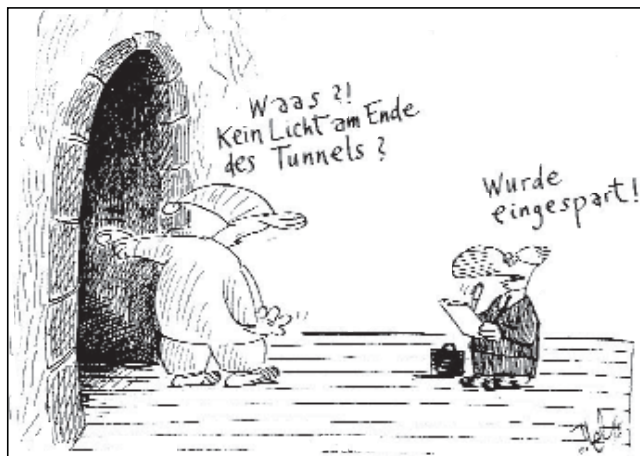
(Brigitte Gehrke, Solinet)

Gewerbepark

Tarifbindung nimmt weiter zu

Den folgenden Artikel entnehmen wir der Lokalseite Heilbronn/Neckarsulm von „metall“. Er dokumentiert mühsame Erfolge der IG Metall im Bestreben nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vor den Toren von Audi, Neckarsulm. Die Redaktion des „Kommunalen ALLtag“ recherchiert zur Zeit über die Zustände im Gewerbe- und Industriepark Friedrichshall (GIF) und über den nach wie vor sehr hohen Anteil an Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern. Wir werden weiter berichten. jom

570 Männer und Frauen sind derzeit im



„Gewerbe- und Industriepark Bad Friedrichshall“, kurz GIF, beschäftigt.

Sie fertigen Türverkleidungen, Kabelsätze, Stoßfänger, Tanks, Bodenteppiche, Säulenverkleidungen, Mittelarmlehnen, Hutablagen und Kofferraumverkleidungen.

Außerdem kümmern sie sich um Instandhaltung, Montage und Logistik. Viele Beschäftigte der 14 Zulieferbetriebe arbeiten nicht unter dem Schutz von Tarifverträgen. Bei der Firma Michels ist der IG Metall jetzt ein Durchbruch gelungen.

„Wir haben eineinhalb Jahre gebraucht, um endlich ans Ziel zu kommen“, berichtet Iris Dirks-Häberle, die Betriebsratsvorsitzende der rund 150 Michels-Beschäftigten. „Das hat Nerven gekostet, doch IG Metall-Sekretär Jürgen Ergenzinger hat uns phantastisch unterstützt.“ Seit Januar findet bei Michels das materielle Niveau der Tarifverträge von Nordrhein-Westfalen Anwendung, wo die Firma ihren Sitz hat. Folge: Höhere Einkommen sind tariflich abgesichert. Die Tarifierhöhung 1999 erfolgt wie in NRW. Einzige Ausnahme ist die Arbeitszeit, die derzeit bei 39 Wochenstunden liegt. Hier werden 1999 weitere Verhandlungen aufgenommen.

Die Michels-Leute, die Audi Kabelbäume liefern, sind mit der Tarifbindung zufrieden. „Und für die anderen Beschäftigten im GIF kann dies ein wichtiges Signal sein, ebenfalls Tarifverträge abzuschließen“, sagt Monika Vorberger, die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende.

Für Rudolf Luz, den Ersten Bevollmächtigten der IG Metall im Unterland, wurde es dafür Zeit. „Wir wollen auch für die mehreren hundert Beschäftigten, die vor den Toren von Audi arbeiten, ordentliche und rechtlich verbindliche Regelungen schaffen. Dies ist nur mit Tarifverträgen möglich. Das Beispiel Michels zeigt, daß auch in neu angesiedelten Betrieben vernünftige Regelungen machbar sind.“

Unterdessen ist es auch bei der Firma Präzisionsteile Franz Schulz GmbH in Bretzfeld (150 Beschäftigte) gelungen, ein Rahmenabkommen für die Belegschaft zur Unterschrift zu bringen.

PDS 2010

Von Matthias Gärtner, Stefan Grundwald
und Angela Marquardt

Gesellschaftliche Systeme, Verbände und Institutionen können nur bestehen, wenn sie zu einer kontinuierlichen Erneuerung bereit sind. Angesichts einer immensen Beschleunigung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse ist dieser Erneuerungsdruck heute größer denn je. Besonders deutlich wird dies im wirtschaftlichen Bereich, dessen Einheiten nur durch andauernde Revolutionierung, die Einführung neuer Techniken und Organisationsmodelle auf dem Markt bestehen können. So verheerend die Folgen dieser rasanten Prozesse auch sein mögen, ist ohne Veränderung Fortschritt nicht denkbar. Nicht die Geschwindigkeit dieser Veränderung, sondern ihre Zügellosigkeit, ihre Abtrennung von demokratisch definierten Leitlinien erzeugt die gesellschaftlichen Probleme, mit denen wir tagtäglich konfrontiert sind. Eine Veränderung, die nur der Anpassung an Sachzwänge und nicht durch vorausschauende Diskussion und Planung determiniert ist, macht Fortschritt zu einer unkalkulierbaren Entwicklung mit eventuell fatalen Folgen.

Die PDS als Partei innerhalb eines sich fortwährend verändernden gesellschaftlichen Systems ist ebenso zu Veränderung gezwungen. Würde sie diese Erneuerungsfähigkeit nicht besitzen, hätte sie insbesondere angesichts des Zusammenbruchs des real-existierenden Sozialismus diese Erneuerungsfähigkeit nicht bewiesen, dann würde sie heute schlicht und einfach keine Rolle mehr spielen. Dabei ist der Wandel der PDS durch innere Widersprüche gekennzeichnet, bestehen Veränderung und Kontinuität in unterschiedlichen Bereichen nebeneinander. Wenn die PDS ihre eigene Reproduktionsfähigkeit als sozialistische Partei erhalten will, muß sie sich dieser Widersprüche bewußt sein, sie diskutieren und damit ihre Zukunft in die eigene Hand nehmen. Im Hinblick auf die programmatische Entwicklung der PDS, ihre Rolle innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, ihr Verhältnis zur Ausübung staatlich sanktionierter Macht und insbesondere ihre eigene organisatorische Entwicklung sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf, um die Parteientwicklung in zukunftsfähige Bahnen zu steuern.

Programmatik

Das letzte Jahrzehnt war das Jahrzehnt der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen ist bei konstanter Zahl der Erwerbstätigen und Einwohnerschaft eine Trend-

Die PDS hat auf der 1. Tagung des Parteitag im Januar beschlossen, die programmatische Diskussion wieder aufzunehmen und dazu eine Programmkommission ins Leben zu rufen. Ziel ist, so in der Begründung des Antrages durch Dieter Klein, „nicht schnurstracks Neuformulierung eines Parteiprogramms ..., nicht Dogmenstreit, sondern vertiefte Ausarbeitung der Politik und Kompetenzgewinn der PDS auf den Hauptfeldern gesellschaftlicher Umbrüche und Entwicklungen, geeignet, auf die brennendsten sozialen und Umweltprobleme zukunftsfähige Antworten anzubieten.“ Dieter Klein sagte auch, man stelle sich diese Diskussion vor „als den Lernprozeß, in dem die Tendenzen zur Trennung von alltäglichem Tun und Strategiebildung, zu einem Abstand zwischen den Machern

wende auf dem Arbeitsmarkt nicht zu erkennen. Dieses für die Bundesrepublik neue Phänomen der Massenarbeitslosigkeit hat einen massiven Druck auf das klassische Normalarbeitsverhältnis. Die Folgen sind sinkende Reallöhne, Abbau sozialstaatlicher Aufgaben, eine Entwertung erworbener Qualifikationen, soziale Unterschiede, die Erosion der Basis sozialer Versicherungssysteme, ein halbgleicher Sektor von Niedriglohnarbeit, massive Diskriminierung werktätiger Frauen und vor allem der Verzicht auf emanzipative Ansprüche an Arbeit allgemein.

Hand in Hand mit der Massenarbeitslosigkeit wächst der repressive Charakter der Innenpolitik. Ausländerinnen und Ausländer werden kriminalisiert, Schutzsuchende ihres Rechtes auf Asyl beraubt. Rotstiftpolitik im sozio-kulturellen Bereich bedeutet eine weitere Kommerzialisierung der Freizeitgestaltung und damit eine Vertiefung der sozialen Spaltung. Private Sicherheitsdienste bauen eine virtuelle Mauer in den Stadtzentren der Zweidrittelgesellschaft. Verlustängste reduzieren menschliche Beziehungen auf Konkurrenzkampf, der Verlust an Gesellschaftlichkeit wird mit Gewalt und einer „Kultur des Wegschauens“ quittiert. Gegen kritischen Protest ist in den letzten Jahrzehnten ein Arsenal zur Kriminalisierung angelegt worden, Grund- und Freiheitsrechte sowie das Recht auf informelle Selbstbestimmung werden hinten gestellt.

Der Regierungswechsel in Bonn hat bisher wenig Mut gemacht, auf eine neue Weichenstellung zu hoffen. Zwar ist es zu einer Beurteilung der Regierung Schröder noch zu früh, die von ihr ausgehenden Signale deuten jedoch alles andere als einen Politikwechsel an. Die „Öko-steuerreform“ und die Neuordnung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sind eine direkte Umverteilung zugunsten der Wirtschaft, die Aufkündigung von Solidaritätsleistungen im Rahmen der Europäischen Union lassen Hoffnungen auf eine supranationale Sozialpolitik schwinden. Die angestrebten

in den Fraktionen und den Parteimenschen in den Vorständen, zwischen Basis und sogenannten Vordenkern zurückgedrängt werden.“ Bisher richtet sich das Augenmerk vor allem auf die Besetzung der Programmdiskussion, wenig noch auf die Gegenstände, an deren Verarbeitung sich die PDS bewähren muß, und praktisch überhaupt nicht darauf, wie der Diskussionsprozeß so organisiert werden kann, daß die vielfältigen gesellschaftlichen Erfahrungen in die programmatische Meinungsbildung Eingang finden und verarbeitet werden.

Um dazu beizutragen, wollen wir zukünftig Wortmeldungen und Beiträge zur Programm- und Strategiediskussion aus unterschiedlichen Strömungen und Erfahrungsbereichen unregelmäßig in den *Politischen Berichten* dokumentieren. **sc**

Lockerungen im Staatsbürgerschaftsrecht mögen zwar die individuelle Integration erleichtern, nicht jedoch die Trennung zwischen deutschen und nicht-deutschen InländerInnen verkleinern.

Angesichts der Notwendigkeit eines Politikwechsels, d. h. einer grundsätzlichen Neuausrichtung politischer Zielsetzung, muß sich deshalb die PDS auf eine grundsätzliche Kritik an den herrschenden Verhältnissen besinnen und in ihr alltägliches Tun herunterbrechen. Diese grundsätzliche Kritik läßt sich an einfachen Punkten festmachen:

- Die Reduzierung sozialer Unterschiede und die Versorgung gegen soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter sind keine individuellen Probleme, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

- Menschliches Wirtschaften darf nicht auf Maximierung individueller Profite ausgerichtet sein, sondern leitet sich aus dem Bedürfnis nach materieller Sicherheit und sinnvoller und erfüllender Tätigkeit sowie dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auf dem gesamten Globus ab.

- Die Ausübung staatlichen Zwanges gegen die Bürgerinnen und Bürger und damit der Eingriff in ihre Grund- und Freiheitsrechte darf lediglich wohl zu begründende Ausnahme sein, wobei wir die Kapitalverwertung durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft weder für ein Grund- noch für ein Freiheitsrecht halten.

- Der Erwerb von Qualifikationen und Bildung sowie der Zugang zu Kultur und gesellschaftlicher Begegnung muß nicht nur unabhängig von den eigenen materiellen Möglichkeiten, sondern ein Ziel politischen Wirkens an sich sein.

- Soziale Gerechtigkeit darf nicht an Grenzen enden. Der Lösung des Nord-Süd-Konfliktes steht nach wie vor ganz oben auf der Tagesordnung.

- Die Ausrichtung internationaler Politik darf nicht von „nationalen Interessen“, sondern muß von gemeinsamen Zielen bestimmt sein.

- Die Bestimmung politischer Ziele

und Aufgaben ist nicht in erster Linie Aufgabe von „Experte“ und Abgeordneten oder politischer Parteien, schon gar nicht des Regierungs- oder Verwaltungsapparates oder der Gerichtsbarkeit, sondern das legitime Recht und die Verantwortung einer und eines jeden.

- Die „Spielregeln“ im Rahmen kapitalistischer Wirtschaftsweise und repräsentative Demokratie sind keine Naturgesetze, sondern demokratisch wandelbare gesellschaftliche Verhältnisse.

- Diese unvollständige Aufzählung benennt Grundlagen für konkrete Politik und stellt Beispiele für eine umfangreiche Meßlatte unseres Handelns dar. Eine derartige Meßlatte, wie sie sich im Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus wiederfindet, muß und kann der Orientierungsrahmen auch für die Politik von Vorständen und Fraktionen im Alltag sein. Dabei sollten wir bestehende Systemgrenzen nicht als Grenzen unseres Denkens akzeptieren und damit eigene Borniertheit legitimieren.

Die PDS im politischen System der Bundesrepublik

Nach wie vor hat die PDS einen eindeutig regionalen Charakter. Die Bundestagswahl hat bewiesen, daß es ihr noch lange nicht gelungen ist, eine gesamtdeutsche sozialistische Kraft zu werden. Um die langfristige Bedeutung der PDS und ihre Entwicklungschancen beurteilen zu können, sollten wir aber dieses Kriterium anwenden und uns nicht auf dem errungenen Fraktionsstatus im Deutschen Bundestag ausruhen. Nach wie vor gilt: Die PDS ist erst dann eine gefestigte Kraft in der Bundesrepublik, wenn sie es sowohl in Ost- wie in Westdeutschland geschafft hat, eine feste Verankerung vor Ort zu gewinnen. Dieses Verständnis empfehlen wir umgekehrt auch den in der alten Bundesrepublik entstandenen Parteien. Das heißt jedoch nicht, die PDS auf den Charakter einer Regionalpartei zu reduzieren, sie ist vieles:

- Sie ist eine Regionalpartei, indem sie als einzige konsequent die aus dem Einigungsprozeß resultierende politische Situation in Ostdeutschland thematisiert.

- Sie ist eine Programmpartei, indem sie als einzige konsequent eine sozialistische Perspektive vertritt.

- Sie ist eine Milieupartei, indem sie eine eigenen soziale und kulturelle Schicht in ihrer Mitgliedschaft bindet.

Ihre Zukunftsfähigkeit wird deshalb nicht unwesentlich davon abhängen, wie sie diese verschiedenen Bestandteile integriert und die daraus resultierenden Widersprüche meistert. Perspektivisch wird sie ihre Bedeutung als Milieupartei verlieren. Nicht nur durch die geschichtliche Zerschlagung politischer Bewegungen durch den Nationalsozialismus haben politisch stabile Bindungen – insbesondere Milieubildungen – abgenommen. Das Motto „Von der Wiege bis zur Bahre“ gilt nicht mehr, nur gut ein Prozent

der nachfolgenden Generation sagt von sich selber, im Rahmen politischer Parteien aktiv zu sein. Dieser Prozeß ist auch auf absehbare Zeit nicht umzukehren, und es ist vielleicht auch nicht erstrebenswert, ihn umzukehren. Von wachsender Bedeutung sind hingegen zivilgesellschaftliche Organisationen im politischen Rahmen, sogenannte non-governmental-organisations (NGOs) über die klassischen Verbände und Organisationen hinaus (Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen, informelle Nachbarschaftsnetzwerke, selbstverwaltete sozio-kulturelle Zentren). Im Rahmen dieser Veränderungen muß die PDS ihre Rolle im politischen System neu definieren. Sie ist nicht die Speerspitze sozialistischer Politik, schon gar nicht Avantgarde, sondern ein Partner in einem Netz von Organisationszusammenhängen mit einer klaren Funktion über Parlamente und Öffentlichkeit. Diese Funktion gilt es in Zukunft deutlicher zu definieren und gezielter den Kontakt und die Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zu organisieren. Hierzu muß sie gezielte „Brückenköpfe in die Gesellschaft“ aufbauen, um sich ihr zu öffnen. Das gilt auch für den Bereich der autonomen und antifaschistischen Jugendszene.

Die PDS und die staatliche Macht

Die Frage nach der Beteiligung an staatlicher Macht, sprich an Regierungen, hängt eng mit der eigenen Vision künftiger Staatsaufgaben zusammen. Dabei gilt es eine feine Unterscheidung zu treffen: Es ist richtig, nicht zwingende Staatsaufgaben auf zivile, nicht profitorientierte Teile der Gesellschaft zu verlagern. Das Konzept zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ist ein gutes Beispiel hierfür. Es ist ebenso richtig, eine Verlagerung nationalstaatlicher Regulation auf andere Ebenen einerseits des supranationalen Raumes und andererseits der Kommunen einzufordern, schon aufgrund der Effektivität und Möglichkeiten politischen Handelns. Es macht aber keinen Sinn, eine „Verschlankung des Staates“ mit einer „Entmachtung des Staates“ zu verwechseln. Um ein „Primat der Politik“ als Voraussetzung für einen Politikwechsel zu realisieren, bedarf es eines insbesondere auf der Ressourcenebene handlungsfähigen Staates, denn nur über den Staat ist demokratische Rahmensetzung möglich.

Die Handlungsfähigkeit der ostdeutschen Landesregierungen, und nur da ist die Beteiligung an staatlicher Exekutivgewalt zu Zeit aktuell, ist aber ausgesprochen gering. Im Hinblick auf die Rückführung der Bundeszuschüsse und



der angestrebten Reduzierung der Neuverschuldung der ostdeutschen Bundesländer wird deren Handlungsfähigkeit perspektivisch sinken und damit auch die Möglichkeiten, eigene Vorstellungen der PDS auf der Landesebene durchzusetzen. Damit verbunden ist direkt die Kommunalfinanzierung. Die sinkende Handlungsfähigkeit ostdeutscher Länder hat aber noch keine direkte Auswirkung auf die Frage, ob man sich an ihrer Regierung beteiligt oder nicht, da damit zugleich auch die Handlungsfähigkeit der Opposition eingeschränkt wird. Das sich mit der Bundestagswahl ergebene Problem aber ist, daß die Politik des Bundes, der als einziger über die Steuergesetzgebung landespolitische Handlungsfähigkeit bestimmt, von den gleichen Parteien getragen wird, die als mögliche Koalitionspartner auf Landesebene zur Verfügung stehen. Damit wird sich ein Dilemma ergeben. Einerseits wird die PDS in Landesregierungen gezwungen sein, Kürzungen in den Haushalten mitzutragen, andererseits muß sie die Ursachen dieser Kürzungen, nämlich die Politik des Bundes angreifen, obwohl sie mit der dafür verantwortlichen Partei in Koalition steht. Warum man aber die Bundes-SPD kritisiert, mit der man vor Ort in der Regierung steht, wird für die Öffentlichkeit ein Vermittlungsproblem werden, insbesondere im Hinblick auf ein abzuschöpfendes ProtestwählerInnenpotential. Wenn man also in eine Landesregierung eintritt, muß man sich und der Öffentlichkeit dieses Dilemma erklären müssen. Wenn das nicht möglich ist, muß man es sein lassen. Nach langer Diskussion ist auf der 1. Tagung des 4. Parteitag eine Definition des Oppositionsverständnisses der PDS gegeben worden: *„Die PDS strebt einen demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilgesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik Deutschland an, der den Weg zur Überwindung der Kapitalvorherrschaft, der Umweltzerstörung, der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt und jeglicher Großmachtpolitik öffnet. Daraus ergibt sich, daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht ... Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlamentes in einer Oppositionsrolle, in einer Situation der Tolerierung einer Regierung oder in einer Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS.“* Damit bleibt die PDS prinzipielle gesellschaftliche Opposition, auch wenn sie sich an Regierungen beteiligt. Diese Definition gilt es jetzt zu erfüllen und wieder auf die Tagesordnung zurück zu holen.

Die Parteiorganisation

Die oben skizzierten Anforderungen an die PDS im Rahmen gesellschaftlichen Wandels machen vor der Organisation der Partei selbstverständlich nicht halt.

Im Gegenteil, sie muß derart umstrukturiert werden, daß vier Punkte erfüllt werden können:

Die innerparteiliche Diskursfähigkeit muß gestärkt werden.

Diese Diskursfähigkeit muß in konzentriertes Handeln münden können.

Die PDS muß ihre Reproduktionsfähigkeit durch Integration von Quereinsteigern stärken, für die sie zur Zeit wenig attraktiv ist und

Die PDS muß ihre Öffnung gegenüber gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden und Institutionen erweitern.

Wir haben kein Patentrezept für diese Aufgabe in Hinsicht auf eine Parteireform, es gibt aber Eckpunkte, die heute bereits definierbar sind:

- Die Informations- und Kommunikationsfähigkeit zwischen den einzelnen Ebenen der Partei muß verbessert werden, ohne damit die bestehende Unabhängigkeit der Landes- und Kreisverbände einzuengen.

- Die politische Bildung zur Programmatik der PDS und die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Öffentlichkeitsarbeit und Moderatorenfähigkeit muß deutlichst intensiviert und nachgefragt werden.

- Die bisherigen Kreisstrukturen mit Kreisvorstand, Kommunalfraktionen, Basisorganisationen und BO-Vorsitzendentreffen muß in Hinsicht auf die Mitwirkungsmöglichkeiten bisher Außenstehender und eine stärkere konzeptionell inhaltliche Strukturierung der Arbeit reformiert werden. Möglich ist dies durch Gründung von politisch aktiven Ortsverbänden in kleineren Städten und ländlichen Gegenden oder Stadtteil- und Kiezaktiven in größeren Städten.

- Die technische Ausstattung der Kreise, der Länder und des Bundes muß sich den Erfordernissen und Kommunikations- und Kampagnenfähigkeit anpassen. Dazu gehört der Einsatz neuer Medien.

- Die Produktion von Werbematerialien wie Flugblätter, Wahlplakate und Kleinwerbemitteln sollte in der Regel nachfrageinduziert und zentralistisch geplant erfolgen. Möglich ist dies durch ein zentrales Serviceangebot des Bundes, das über Nachfragekonten der Kreisgliederungen eigenverantwortlich genutzt werden kann.

- Nicht zuletzt sollte bei der Aufstellung von Wahllisten und bei der Besetzung von Stellen gezielt junge Menschen bevorzugt werden, sofern sie entsprechende Qualifikationen einbringen können. Als Bindeglieder zwischen Partei und junger Generation empfiehlt sich der flächendeckende Einsatz von Jugendkoordinatoren sowie der Einrichtung von Praktikumsstellen für Studierende.

- Die Verteilung von Aufgaben der Fraktionen und der Vorstände muß deutlicher abgegrenzt und definiert werden, wobei die politische Leitlinienführung eindeutig auf Seiten der Parteistrukturen liegen muß.

Daß die Philosophie und Philosophen heutzutage noch längst keine toten Hunde sind, wird zur Zeit in dem modernen Medium Internet gezeigt. Die Texte von Karola und Ernst Bloch bilden den theoretischen Steinbruch für eine interessante Debatte, die zur Zeit unter der Internetadresse [„www.bloch-akademie.de“](http://www.bloch-akademie.de) stattfindet. Das Thema: „Philosophie trifft Arbeitswelt – Arbeitswelt trifft Philosophie“.

In einem Diskurs, an dem Vertreterinnen und Vertreter aus Philosophie und Arbeitswelt, aus Wissenschaft, Management und Gewerkschaften teilnehmen, werden das Blochsche Verständnis von Arbeit und die gegenwärtigen Herausforderungen der Arbeitswelt gegenübergestellt.

In den beiden nachfolgenden Dokumenten werden zum einen die Ziele des Projekts umrissen, und zum anderen die bisher eingereichten Beiträge in kurzer Zusammenfassung vorgestellt. Moderator der „Virtuellen Bloch-Akademie“ ist Welf Schröter vom „Forum Soziale Technikgestaltung“ beim DGB Baden-Württemberg, der unter der E-mail Adresse 0747322750-0001@t-online.de zu erreichen ist. hav

Virtuelle Bloch-Akademie – Einladung zur Mitwirkung am Thema Utopie der Arbeit

Diskurs „Wandel der Arbeitskultur“

Welche Utopiepotentiale müssen für die Arbeit in einer „Informationsgesellschaft“ geltend gemacht werden?

Dieser standortungebundene, asynchrone, virtuelle Diskurs kann dazu beitragen, eine positive Synergiewirkung zwischen dem alltagspragmatischen Suchen und Experimentieren in der Arbeitswelt und dem philosophiegeladenen Ansatz einer Neudefinition des Arbeitsbegriffes einzuleiten.

Inhaltlich soll im Mittelpunkt des Diskurses der Prozeß „Wandel der Arbeitskultur“ stehen. Aus zwei Richtungen läßt sich darauf zugehen:

Welches Verständnis hatten Ernst und Karola Bloch vom Begriff Arbeit, vom Prozeß der Veränderung der Arbeitswelt und vom Utopiegehalt menschlicher Arbeit? Dieser Frage werden sodann die neuen Herausforderungen und Dynamiken gegenübergestellt: Wie wandelt sich Arbeit und die Vorstellung davon z.B. durch den Einsatz der Informations- und Telekommunikationstechniken? Was bedeutet die schrittweise Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses? Welche Potentiale stecken in dem Verlauf der Virtualisierung der Arbeitswelten?

Ist der Weg zu den ‚neuen Selbständigkeiten‘ ein Stück Befreiung oder birgt sie andere Erscheinungsformen der Entfremdung? Welche Utopie der Arbeit ist in der ‚Informationsgesellschaft‘ sozial wünschenswert und innovativ? Was heißt ‚Arbeit‘ im Rahmen eines Dematerialisierungsprozesses? Das Ende der Vergegenständlichung? Krise der Identitätsbildung? Diese Fragen bilden keine geschlossene Liste sondern eher eine Richtungsangabe.

Die „Virtuelle Bloch-Akademie“ stellt einen eigenständigen Beitrag zur Unterstützung des neuen „Ernst-Bloch-Zentrums“ der Stadt Ludwigshafen dar. Die „Virtuelle Bloch-Akademie“ wird gefördert durch den Talheimer Verlag, der in diesem Jahr schon sein zehnjähriges Bestehen feiern kann. Die „Virtuelle Bloch-Akademie“ erfährt Hilfe von Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften, aus Unternehmen und insbesondere aus dem „Forum Soziale Technikgestaltung“ beim DGB Baden-Württemberg.

Die gesellschaftlichen Gefahren der Massenarbeitslosigkeit und die grundlegenden Veränderungen der Arbeitswelt gehörten mit zu den wichtigsten Themenpunkten im Leben Karola Blochs. Mit dem Aufbau der „Virtuellen Bloch-Akademie“ soll der politischen Erbschaft Ernst und Karola Blochs akzentuiert Rechnung getragen werden.

Diskurs-Verlauf im Überblick

Sechs Jahre vor ihrem Tod unterstreicht Karola Bloch die dramatischen Ambivalenzen in der Entwicklung des Faktors Arbeit im Verhältnis zu den neuen Techniken. In „Denkende Maschinen“ (Dez. 1988) stellt sie die Frage nach dem „Einverständnis des Menschen mit sich selbst“. Karola Bloch geht in ihrer Sicht deutlich Ernst Bloch hinaus.

In seinem Beitrag „Der Faktor Arbeit in der Philosophie Ernst Blochs“ (Aug. 1998) skizziert Jan Robert Bloch den eher traditionellen Arbeitsbegriff Ernst Blochs, der Marx folgend die Befreiung der Arbeit in der „Arbeit der Muße“ als Abgrenzung zur zwanghaften Erwerbsarbeit sieht. Ernst Blochs Position erscheint gegenüber Adolph Lowe als unzureichend. Zukunftsweisend ist jedoch der Gedanke der Blochschen „Allianztechnik“. Ernst Blochs marxnahe Vorstellungen stehen unter hohem Herausforderungsdruck durch die gegenwärtigen Transformationsprozesse.

Flexibilisierung im Sinne der Bedürfnisse der Menschen anstelle der einseitigen Flexibilitätsforderungen des Marktes bilden den argumentativen Kern von Oskar Negts Votum „Für eine Ökonomie des ganzen Hauses“. Im Geiste Blochs setzt er auf eine ganz andere Art des Wirtschaftens und des Arbeitens: Aspekte für einen Einstieg in eine konkrete Utopie der Arbeit. Negt ist der Allianztechnik Blochs und der ganzheitlich zu fassenden Sinnfrage Karola Blochs nahe.



Karola Bloch (a. Mikrofon), Tschingis Aitmatov und Christa Wolf (im Hintergrund) fordern, den 8. Mai zum europäischen Gedenktag zu erheben.

(Foto: Welf Schröter).



Karola und Ernst Bloch beim Besuch Rudi Dutschkes in Dänemark.

(Foto: Helga Reidemeister)

Für eine differenzierte Beurteilung moderner Technologien lassen sich, so Michael Pauen, wichtige Kriterien aus der Philosophie Blochs ableiten. Pauen plädiert in seinem Beitrag „Utopie oder Alptraum. Ernst Blochs Konzeption einer ‚humanistischen Technik‘ und die Konsequenzen des Internet für die Arbeitswelt“ für eine Heranziehung von Blochs Grundvorstellungen einer „dem Menschen gemäßen Technik“ als einem möglichen Maßstab bei der Gestaltung. Pauens Beitrag erweitert die Aussagen Jan Robert Blochs.

Über die Grenzen der Gültigkeit der Blochschen Arbeitsbegriffs äußert sich Welf Schröter in seinem Text „Potentiale und Ungleichzeitigkeiten in der Generierung neuer Infrastrukturen der Arbeit“. Der qualitative Wandel der Arbeitskultur und die vorhandenen Trends zur „Virtualisierung der Arbeitswelten“ verlangen ein „neues Lesen des Bloch-

schen Werkes“. Blochs „Ungleichzeitigkeit“ ist hoch aktuell und zukunftsorientiert anwendbar. Schröter hinterfragt wie Klotz die Grundannahmen sozialwissenschaftlicher und kritischer Theoriebildung.

Die zweischneidigen Risiken und sozialen Auswirkungen der „Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses“ thematisiert Ralf Joas in „Wandel der Arbeit – Wandel der Lebenswelt“. Ähnlich wie Klotz, Mosdorf und Schröter verläßt er analytisch die engen Bahnen, in denen Marx und Bloch das Phänomen Lohnarbeit betriebsarbeitsplatzzentriert deuteten. Joas erblickt das Solidaritätsprinzip der Gewerkschaften auf einem harten Prüfstand.

Wolfram Burisch verfaßte seinen Aufsatz „Das Leben ist Freizeit“. Über die Diskriminierung emanzipatorischer Arbeit“ 1987, knapp acht Jahre vor seinem zu frühen Tod. Als Reflex auf den Wandel

der Arbeit konstatierte er eine „Ausdehnung“ der „Freizeitindustrie“. Diese verschaffe dem „entwürdigten Menschen“ einen Weg zur „Entspannung“. Im Gegensatz dazu fragt Burisch nach dem „gelungenen Leben“.

Als einen der „bedeutendsten intellektuellen Köpfe der Nachkriegszeit“ schätzt Siegmund Mosdorf den Philosophen Ernst Bloch. Im Rahmen des heutigen fundamentalen gesellschaftlichen Transformationsprozesses zur globalen Informationsgesellschaft“ sieht Mosdorf in Bloch einen, der uns noch immer „viel zu sagen“ hat. Das analytische Statement „Wandel der Arbeit in der Informationsgesellschaft“ von Siegmund Mosdorf belegt ähnlich wie Schröter die aktuellen Herausforderungen an unser bisheriges Verständnis von Arbeit.

Der Mensch: „Wir müssen nicht von ihm, sondern auf ihn ausgehen.“ Dieser Ausspruch Bert Brechts geleitet Gerd Koch in „Theaterpädagogische Prozesse als ‚Lebensgewinnungsprozesse‘ (Marx)“ zu achtzehn Gedankensplittern über die Annäherungen an lernendes Arbeiten im Theater. Ähnlich wie Anne Frommann setzt Koch auf das pädagogische Wirken. Theater als utopischer Ort könnte auch ein spielerischer Ort für die Utopie der Arbeit sein. Frommann, Negt und Koch ergänzen sich synergetisch.

Mit der Aussage von den „brauchbaren, methodisch exakten sowie von Ideologie freien Hilfsbegriffen, Denkmustern und Praxisbezügen für soziale, technische und kulturelle Entwicklungsprozesse“ hebt Klaus Kufeld die Aktualität des Blochschen Werks hervor. Diese Denkmuster sind im verantwortungsvollen Umgang mit Innovationsstrategien unentbehrlich. Kufeld unterstreicht in „Wandel der Arbeitskultur – Eine Zukunftsskizze aus Blochscher Sicht“ die zunehmende Bedeutung des „Ernst-Bloch-Zentrums“ als Ort, an dem ein produktiver Umgang mit der Zukunft der Arbeit möglich wird.

Die Auswirkungen der neuen technikbasierten Arbeitswelten auf die Beschäftigungssituation von Frauen benennt Irene Scherer in ihren Thesen „Vernetzungen enttäuschter Hoffnung“. Sie sieht in der Flexibilisierung von Arbeitsorganisationen – neben den gewichtigen Gefahren – besonders aber auch große Potentiale zur Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse. Diese waren bislang nur allzu unzureichend den Diskontinuitäten in weiblichen Biographien gerecht geworden. In Anlehnung an Karo-

la Bloch unterstreicht sie die vorhandenen Möglichkeiten zur Veränderung.

Für eine Aufwertung der „Gemeinwesenarbeit“ tritt Barbara Fritz in ihrem Positionspapier „Wie wir in Zukunft arbeiten könnten: Psychosoziale Gesundheit als Wirtschaftsfaktor in der Informationsgesellschaft – Wie wandelt sich Arbeit und die Vorstellung davon“ ein. Entlang des Blochschen Denkens sucht sie nach den Chancen der Ganzheitlichkeit in den neuen Arbeitswelten. Von der Telearbeit führt der Weg unter anderem zum Thema Grundsicherung.

Ähnlich wie Negt greift auch Horst

In „Rhythmus – Modul – Horizont“ faßt Anne Frommann ihre Leitbegriffe dieses Diskurses. Vor dem Hintergrund langjähriger Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen fordert die Pädagogin die Kompetenz zur Unterscheidung zwischen Virtualität und Realität ein. Sie stellt blochisch fest, daß die zentralen Handlungs- und Denkfähigkeiten sich nicht einfach aus der modernen Technik entwickeln, sondern daß Kinder die Differenzierung zwischen Wirklichkeit und Betrug selbst erlernen können müssen. Hier vor allem liege eine früh zu verortende Vorbereitung auf späteren beruflichen Alltag.

Mit „Einigen Thesen zur kritischen Utopie als Analyse des Raums des Möglichen“ rekonstruiert Richard Scherer die Funktion der Utopie. Bezugnehmend auf Bourdieu sieht er in der Gegenwart „das Resultat der Kämpfe der Vergangenheit“. Scherer drängt auf eine Kooperation von Intellektuellen und Wissenschaftlern, die ihre gesellschaftliche Verantwortung gegen eine „Veränderung der etablierten Ordnung“ wahrnehmen. Die Thesen stützen den Ansatz Horst Müllers.

Technikphilosophisch und arbeits- wie technikgeschichtlich geht Klaus Kornwachs in seinem längeren Beitrag auf „Arbeit der

Technik – Technik der Arbeit“ ein. Er analysiert den Begriff von Arbeit und unser Verständnis davon. Kornwachs erkennt in der Verteilung der Arbeit eine „Gerechtigkeitslücke“. Sollen Arbeit und Einkommen weiter entkoppelt werden? Unter Rückgriff auf Ropohl, Dahrendorf und Marx sucht er am Ende Antworten auf die Frage: „Sind wir am Ende ohne Arbeit“?

Zu den kompetentesten Herausforderern der tradierten Arbeitswelten gehört Werner Zorn, der bei der IBM Informationssysteme GmbH das Projekt Telearbeit leitet. Zehn Jahre lang hat das Unternehmen mit Telearbeit Erfahrungen gesammelt, sie begleitend untersuchen lassen und sie mit den Beschäftigten beraten. Zorn resümiert in seinem Beitrag „Telearbeit – eine neue Arbeitskultur“ die Ergebnisse und verweist auf die hohen Veränderungspotentiale, die in dem Thema enthalten sind. Die Praxis von Telearbeit, wie sie derzeit in großen IT-Firmen vorangetrieben wird, wird prägende Auswirkungen auf das Verständnis von Arbeit generell erlangen.



Müller auf die formationellen Grundlagen Marxens zurück, um eine neue Ökonomie im Sinne des Sozialen einzufordern. Die thesenhafte Argumentation Müllers „Ernst Bloch und die Frage nach einer konkreten Utopie der politischen Ökonomie“ setzt auf die produktive Spannung zwischen Marx und Bloch: negative Kritik und positive Utopie. Beide Denker sind in ihren Kernvorstellungen weder abgegolten noch ausreichend aufgehoben. Müllers Positionen kontrastieren auf der Erscheinungsebene zu Klotz und Schröter. Müller plädiert für eine neue „Theorie der Sozialwirtschaft“. Den Übergang in die Informationsgesellschaft beschreibt Ulrich Klotz unter anderem als Aufbrechen der „sicheren Arbeitsplätze“ hin zum Typ des Selbst-Angestellten (self-employed). Klotz' Beitrag „Informationsarbeit und das Ende des Taylorismus“ greift das Phänomen des „job shift“ auf und trennt zwischen „old work“ und „new work“. Er stellt die linkstheoretischen Grundannahmen über die Befreiung der Arbeit über den Weg der Befreiung der Lohnarbeit in Frage.

Leseempfehlung

„Gegen den Zeitgeist – Zwei deutsche Staaten in der Geschichte“

Unter dem Titel „Gegen den Zeitgeist – Zwei deutsche Staaten in der Geschichte“ ist 1999 bei GNN Sachsen/Berlin in Schkeuditz ein Sammelband mit Beiträgen aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der beiden deutschen Staaten erschienen. Der von Gerhard Fischer, Hans-Joachim Krusch, Hans Modrow, Wolfgang Richter und Robert Steigerwald herausgegebene Sammelband umfaßt 35 Artikel, die in den Abteilungen „Herausbildung der BRD und der DDR und Einbindung in gegensätzliche Bündnisse. Fragen an die Geschichte“, „Zwei deutsche Staaten, Tatsachen und Vergleiche“ und „Nach dem Ende der Zweistaatlichkeit. Quo vadis Deutschland?“ angeordnet sind.

Es geht um mehr als um einen schlichten Vergleich zweier Staaten, die so nicht mehr existieren. Das Anliegen der Herausgeber ist dem herrschenden Zeitgeist im fünfzigsten Jahr der Gründung der BRD, der den realexistierenden Kapitalismus als alternativlos scheinen läßt, durch die Rückschau auf 50 Jahre deutscher Geschichte etwas entgegen zu setzen: Geschichte soll in ihrer Widersprüchlichkeit erfaßt werden, ein realistisches Bild auf zwei gegensätzliche Staaten ermöglicht werden und Nachdenken über Potentiale für Wege des Kampfes für ein anderes Deutschland befördern.

Ein Anliegen, dem sich die 39 Autoren aus dem Osten und dem Westen Deutschlands, die vor allem aus dem politischen Umfeld von DKP und dem marxistisch-akademisch geprägten Flügel der PDS stammen, nicht mit einer umfassenden Darstellung aller Ereignisse und Tendenzen in 50 Jahren deutscher Geschichte widmen. Vielmehr sind es vor allem pointierte Beiträge aus unterschiedlichen Bereichen der Geschichte, Ökonomie und Politik an und mit denen exemplarische aber auch viele zentrale Aspekte aus 50 Jahren deutscher Zweistaatlichkeit behandelt werden. Um Objektivität im Sinne einer positionslosen Pseudowissenschaftlichkeit geht es den AutorInnen nicht – es wird Position bezogen; aber gerade dies fordert die LeserIn ja auch zum notwendigen Disput heraus.

Und vor allem werden historisch Erkenntnisse, zu dem was in dem herrschenden Diskurs vom „Unrechtsstaat DDR“ ausgeklammert werden soll, öffentlich und damit diskutabel gemacht: Es geht hier z. B. um das mit Unterstützung der westdeutschen Eliten durchgesetzte Interesse der Westalliierten nach der deutschen Zweistaatlichkeit, um einen Frontstaat gegen die UdSSR zu schaffen; es geht um die besondere Ver-

antwortung, welche die (groß-)kapitalistischen Eliten und die für sie handelnde Adenauer Administration für Restauration, die Integration faschistischer Eliten in die Machtpositionen der neu gegründeten BRD und die aggressive Remilitarisierung der BRD hatten und haben; und es geht vor allem auch um die Vergewisserung darum, das 41 Jahre DDR, die als antifaschistischer Staat gegründet wurde und erst durch die Geschichte zum eigenstaatlichen sozialistischen Versuch wurde, nicht ohne breite Unterstützung und Zustimmung der Bevölkerung möglich gewesen wäre.

Gerade dieser historischer Teil, obwohl er natürlich in dem meisten von dem, was dort zur Debatte und Auseinandersetzung herausfordert, nichts prinzipiell Neues bietet, ist für die bevorstehenden ideologischen Auseinandersetzungen, die aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages der Gründung der beiden deutschen Staaten in der Öffentlichkeit bevorstehen vieles nützliches Material in einem Band zusammengefaßt. Die Zusammenstellung von wissenschaftlichen Beiträgen, politischen Positionierungen und Berichten und Einschätzungen von Akteuren und verantwortlichen Persönlichkeiten der DDR, ergibt einen guten Überblick. Und sie gibt Hinweise darauf, wie dem mit Sicherheit in der bürgerlichen Öffentlichkeit eintretenden ideologischen Sperrfeuer, welche das Ergebnis der Geschichte – die BRD als einzigen und kapitalistischen Staat, der sich in den Traditionen deutscher Macht- und Herrschaftspolitik bewegt – als das bestmögliche Ergebnis darzustellen versucht, et-

was entgegenzusetzen ist.

Gerade angesichts der zunehmend repressiveren Gangart, die auch die rotgrüne Bundesregierung nach innen einschlägt, wie zum Beispiel an dem Umgang mit den jüngsten kurdischen Protesten demonstriert, und angesichts der von der Bundesregierung postulierten „Kontinuität der Außenpolitik“, die ja nichts anderes bedeutet als die Ausweitung der auf machtpolitischen und ökonomische Interessen, der Herrschenden in diesem Lande gestützte Außen- und Militärpolitik, stellt der Sammelband „Gegen den Zeitgeist“ einen wichtigen Debattenbeitrag dar. Und zwar zugleich in die bürgerlich Öffentlichkeit hinein gegen diese herrschende Politik, als auch für die innerlinke Debatte dar. Ersteres logisch aus dem Ansatz bedingt möglichst viele Aspekte zu erörtern nicht zu jedem Detail erschöpfend; aber es bleibt dennoch ein notwendiger und wichtiger Beitrag. Letzteres weniger als umfassende Antwort auf alle Fragen an die Vergangenheit, Gegenwart oder gar die Zukunft des antikapitalistischen Kampfes in Deutschland, sondern vielmehr als ein Ansatzpunkt, an dem sich noch viele andere sowohl aus dem Osten als auch aus dem Westen des nur vermeintlich neuen Deutschland zehn Jahre nach dem Zusammenbrechen der DDR beteiligen sollten, um der alten Politik in neuem Gewande, die sich durch Repression und Sozialabbau nach innen und zunehmende Aggressivität nach außen auszeichnet, mehr entgegenzusetzen zu können.

Martin Wittmaack



Gegen den Zeitgeist

Zwei deutsche Staaten in der Geschichte

Herausgeber:

Gerhard Fischer
Hans-Joachim Krusch
Hans Modrow
Wolfgang Richter
Robert Steigerwald

492 Seiten

Preis: 29,80 DM

ISBN: 3-932725-61-1

Bestellungen bei:

GNN Buchversand
Badeweg 1
04435 Schkeuditz
Fax: (03 42 04) 6 58 93
Tel: (03 42 04) 6 57 11
Internet:
<http://www.gnn-verlag.de>
Email:
GNN-Schkeuditz@t-online.de

Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Einladung
zur Frühjahrskonferenz, 13./14. März 1999
in Köln, Jugendgästehaus

Beginn: Samstag 13. März 1999, 13 Uhr
Ende: Sonntag, 14. März 1999, 13 Uhr

Vorschlag für die Tagesordnung:

Samstag:

13 bis 16 Uhr Europapolitik: Welche Chancen und Aufgaben bestehen für eine antimilitaristische Außen- und Friedenspolitik in Europa. *Gastreferent:* Paul Schäfer, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der PDS. *Koreferat:* Christiane Schneider, Emil Hruska

16.30 bis 18 Uhr Finanzbericht. Ausblick auf den Haushalt 1999. Wahlen.

19 bis 21 Uhr Arbeitskreise:

Bildungsarbeit: Diskussion eines Kursangebotes, wie es sich aus praktischen Erfahrungen der letzten Jahre abzeichnet.

Vorbereitung Christiane Schneider, Jörg Detjen

Friedenspolitik: Die Expansionspolitik der Westmächte in Ost/Südosteuropa und die innen- und außenpolitischen Folgen.

Vorbereitung Hardy Vollmer, Emil Hruska, Rüdiger Lötzer

Wirtschaftspolitik: Wertlehre und subjektivistische Preistheorie. Eine theoretische Frage und ihr Bedeutung für die Konzeption reformerischer und alternativer Wirtschaftspolitik.

Vorbereitung Martin Fochler, Christoph Cornides

Sonntag:

8.30 bis 10.30: Politische Berichte: Zusammen mit dem Arbeitskreis Politische Berichte; Konzeptdiskussion, Konstituierung der Redaktion, Abstimmung von Arbeitsvorhaben.

10.45 bis 12.30: Berichte aus den Arbeitsgruppen vom Vorabend. Beschluß über den Haushalt.

Organisatorische Hinweise: Am Samstag besteht um 12 Uhr die Möglichkeit zu einem Mittagessen (nur nach Anmeldung). Die Arbeitsgemeinschaften werden gebeten, umgehend eine Liste der Teilnehmenden an Jörg Detjen, (c/o GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73) zu schicken, damit Materialien verschickt werden können. Außerdem muß auf der Liste die Anzahl der Übernachtungen und der Essenswünsche gemeldet werden.

Für das Präsidium
Brigitte Wolf

Setkání

Treffen deutscher und tschechischer Linker Arbeitstreffen 1999

Samstag, 10. April bis Sonntag, 11. April

München

Samstag, 10. April 1999
19 Uhr Veranstaltung:
NATO-Osterweiterung und neue NATO-Strategie

Sonntag 11 April,
10 bis 13 Uhr:
Setkání-Treffen.
Arbeitsvorhaben 1999

Anmeldung: Setkání, Schwanthalerstr. 139 Rgb. 80339 München, Fax: 089-5028112, Tel. 089-507925.

Bei rechtzeitiger Anmeldung bemühen wir uns auf Wunsch um kostenlose private Unterkünfte.

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart